

BULLETIN

NUMMER 4 | Dezember 2008



Kantonsspital

- * 4 Spital - Notfall *
- * 7 Grüne Kantonalparteien - Grenzenlos grün *
- * 8 Stadtentwicklung - Hochhausstandorte mit Vernunft *
- * 13 Nationalrat - Menschenleben und Arbeitsplätze *
- * 22 Neue Zuger Zeitung - Mit «Frederico» nach rechts? *

Inhaltsverzeichnis

3 EditorialBescheidene Weihnachts-
Wünsche...?**4 Kantonsspital**

Notfall

6 Kantonsspital

Patient Zuger Kantonsspital

7 Grüne Kantonalparteien

Grenzenlos grün

8 Stadtentwicklung

Hochhausstandorte mit Vernunft

9 Stadt Zug

Landsgemeinde(park)platz

10 Ortsplanung ZugOrtsplanungsrevision – die zweite
Runde**12 Bundesratswahl**Ein Bundesrat gegen die
Menschenrechte**13 Nationalrat**

Menschenleben und Arbeitsplätze

14 Peakoil

Ökonomie des Peakoil

16 Regierungsrat

Jenseits des Lärms wartet der Klang

18 Kantonsrat

Taten statt Worte

20 slowUp

Trampedalohupobil

22 Neue Zuger Zeitung

Mit «Frederico» nach rechts?

24 Grünsecht

Die Flops der Privatisierungsturbos

25 ServiceteilBuch
Frontal
Kino
Veranstaltungen
Adressen
Impressum**«Mission statement»**

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Alternative Kanton Zug, Alternative Stadt Zug, Alternative Baar, Kritisches Forum Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhäusern, Gleis 3 Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri.**

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und Umwelt

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Bescheidene Weihnachts-Wünsche...?

Hanni Schriber-Neiger, Familienfrau und Kantonsrätin Alternative Fraktion, Rotkreuz |
Bild Hanni Schriber-Neiger

• Die Arbeitnehmenden wünschen sich «nur» soziale Gerechtigkeit und einen Lohn, der zum Leben reicht.

• Menschen in Krisenländern, in denen Krieg herrscht, wünschen sich «nur» Frieden, um wieder ein normales Leben führen zu können.

• Sie wünschen sich «nur» einen Brunnen, denn Wasser bedeutet Leben für Mensch und Tier in Kamerun.

• Der Verein Klima-Initiative wünscht sich «nur» etwas mehr Herzblut für den Klimaschutz, damit die Treibhausgase schneller reduziert werden können.

• Kinder wollen «nur» verstanden werden und sie wünschen sich Erwachsene, die ihnen Halt geben.

Nur gerade drei Gesuche liegen heute beim Bund vor für «nur» drei Atomkraftwerke! Würden alle drei AKW gebaut, verdoppelte sich die heutige Produktion von Atomstrom in der Schweiz. Denn neben den drei neuen AKW, die laut Bewilligungs- und Baufahrplan frühestens ab 2025 ans Netz gehen können, will die Stromwirtschaft die bestehenden AKW in Gösgen und Leibstadt bis 2038 respektive 2044 weiter betreiben. Mit bestehenden Wasserkraftwerken und neuen Wind-, Solar- und Biomasse-Kraftwerken würde die Schweiz 2030 im Strom schwimmen. Dies denken zumindest die Energie-Stiftung und Greenpeace. Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse begrüsst hingegen die Gesuche, da er eine Stromversorgungslücke befürchtet. Anfang Dezember 2008 reichten neben Atel (die bereits im Sommer eine Bewilligung für den Standort Gösgen ersuchten) auch noch die Stromkonzerne Axpo und BKW beim Bund weitere Rahmenbewilli-

gungsgesuche für neue Atomkraftwerke ein. Diese sollen je an den bisherigen Standorten in Beznau und in Mühleberg entstehen. Es gibt ein Szenario von 2006, in dem behauptet wird, die Schweiz brauche drei neue AKW, um die Stromversorgung bis in 15 Jahren zu sichern. Doch alle Gesuchsteller erkennen, dass der Bau von drei neuen AKW in der Schweiz politisch nicht realistisch ist und trotzdem halten alle drei Unternehmen an ihren eigenen AKW-Projekten fest. Hier scheint es den Betreibern doch allzu sehr um Profit zu gehen, als um die Stromversorgung unseres Landes. Der gegenwärtig grosse Protest der betroffenen Bevölkerung von möglichen Standorten für Atom-müll-Endlager lässt diese AKW-Wünsche hoffentlich bald vergessen machen.

Sollte dies nicht der Fall sein, ist bereits ein Referendum angekündigt und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dürfen zum Bau von Atomkraftwerken Stellung nehmen. Ich hoffe, die Fakten werden bis zum Abstimmungs-termin zirka 2013/2014 noch mehr gegen die neuen AKW-Gesuche sprechen, so dass sie vom Stimmvolk abgelehnt werden. Anstatt die Milliarden in neue AKW fliessen zu lassen, sollten sie in einen konsequenten Umbau unserer Stromversorgung in Richtung Effizienz und erneuerbare Energien gehen. Die Potenziale und Technologien dafür sind vorhanden. Investitionen in diesen Bereich kurbeln auch die einheimische Wirtschaft an und schaffen neue Arbeitsplätze. Immerhin wünscht sich die Stadtzürcher Bevölkerung «nur» eine energiepolitische Wende und plant langfristig den Ausstieg aus der Atomenergie.



Hanni Schriber-Neiger wünscht sich «nur» eine einzige schöne und praktische Handtasche

Und...

• Meine Familie wünscht sich schon länger «nur» ein neues Sofa, denn das alte ist in die Jahre gekommen!

Ich, ich möchte,
ich, ich will,
ach, ich hätte so gerne ...

Auch ein bisschen
dies und das
und viel Glitzersterne ...

Und das sah ich
Hier und da
Ach, was war das toll!

Ei, das wünsch ich
Und noch mehr
Oh, - Zettel schon voll ...!
(Janne Reissenberger)

Und Sie möchten jemandem «nur»
einen Erlebniswunsch erfüllen,
dann schauen Sie unter: www.wunderlampe.ch/wunschzettel.html ■

Notfall

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative, Zug | Bild Adelina Odermatt

4 **Im November hat der Verwaltungsrat der Kantonsspital AG CEO Robert Bisig per sofort freigestellt. Die Regierung wurde bei diesem zentralen Entscheid vorgängig weder miteinbezogen noch informiert. Das ist inakzeptabel, zeigt aber vor allem eines: Eine privatrechtliche Aktiengesellschaft ist als Trägerschaft des Spitals untauglich. Die Alternativen haben nun eine Motion eingereicht, welche die Entscheidungskompetenz beim Kanton ansiedeln will.**

In den 90er-Jahren waren «Privatisierungen» in Mode. Der öffentlichen Hand wurden Kompetenz und Effizienz abgesprochen – das Heil in Verwaltungsräten und Aktiengesellschaften gesucht. Die Privatisierungswelle erfasste 1998 auch die bürgerlichen Parteien im Kantonsrat, welche die Privatisierung des Kantonsspitals vorantrieben. Mit der Privatisierung sollte es laut dem damaligen Präsidenten der kantonsrätlichen Spitalkommission, Hans Abicht (FDP), zu Kostensenkungen im Gesundheitswesen kommen, faire Arbeitsbedingungen für das Personal garantiert sein und die Spitalleitung entpolitisiert und professionalisiert werden.

Doch die Gesundheitskosten stiegen. Das Personal fürchtete lange um seine Löhne und erst der regierungsrätliche Entscheid, die Fallpreispause entgegen den Wünschen der Versicherungen genügend hoch anzusetzen, brachte eine erste Entspannung. Doch Reallohnerrhöhung und Teuerungsausgleich sind weiterhin nicht garantiert. Professionell zeigte sich der Verwaltungsrat bei der sofortigen Freistellung des CEO Bisig inklusive der stümperhaften Kommunikation nicht. Und die heftige Reaktion aller Parteien zeigt, dass am Spital ein hohes öffentliches oder eben politisches Interesse besteht.

Das Spital ist kein privater Investmentbetrieb mit dem Ziel der Gewinnoptimierung. Das Spital sichert die Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung und nimmt klar eine öffentliche Aufgabe wahr – zumal drei Viertel der Zugerinnen und Zuger grundversichert sind.

Referendum gegen Privatisierung

Die Alternativen ergriffen vor zehn Jahren das Referendum «gegen den ersten Schritt zur Privatisierung unseres Kantonsspitals und gegen den Verlust an Mitbestimmung von Volk und Kanton». Wörtlich mahnten die Alternativen, dass «eine gute Spitalversorgung für die gesamte Bevölkerung eine öffentliche und keine privatwirtschaftliche Aufgabe sei». Und: «Bei einer AG hat die Regierung nicht einmal mehr Weisungsrecht gegenüber dem Verwaltungsrat. Zudem wird das Volk seine Einflussmöglichkeiten ebenfalls verlieren».

Das Spital wurde privatisiert. Und nun zeigt die Freistellung des verdienten CEO Bisig exemplarisch, dass der Verwaltungsrat wichtige Entscheidungen ohne Rücksicht oder Rücksprache mit «Externen» vornimmt. Die «Externen», wie Gesundheitsdirektion, Regierungs- und Kantonsrat, das Personal und die Bevölkerung, wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Das alles ganz legal – denn es ist der Charakter einer AG, dass der Verwaltungsrat niemanden informieren oder anhören muss.

Wer zahlt, befiehlt?

Das Problem liegt also grundsätzlich nicht beim Verwaltungsrat. Das Grundübel ist die rechtliche Form des Kantonsspitals. Darum haben die Alternativen eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht: «Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, die eine öffentlich-rechtliche Trägerschaft des Zuger Kantonsspitals bzw. dessen Anschluss an die kanto-

nale Verwaltung vorsieht – dies mit dem Ziel, die Entscheidungskompetenz des Kantons in Spitalfragen zu garantieren.»

Das Kantonsspital ist ein Pfeiler der Gesundheitsversorgung und somit für die Zuger Bevölkerung von zentraler Bedeutung. Zudem gehören rund 95 Prozent der Aktien dem Kanton. Es ist darum aus Sicht der Alternativen inakzeptabel, dass bei allen künftigen wichtigen personellen und strategischen Entscheidungen Bevölkerung, Kanton und Regierung aussen vor bleiben sollen. Beim Spital darf es ruhig heissen: Wer zahlt, befiehlt. Einzig eine öffentlich-rechtliche Trägerschaft oder die Eingliederung in die Verwaltung garantieren, dass die Regierung ihre soziale und gesundheitspolitische Verantwortung gegenüber der Bevölkerung wahrnehmen kann. Nur so kann auch die finanzielle Verantwortung für die vom Kanton investierten beträchtlichen Mittel (Spital-Neubau, Aktienkapital, budgetierte Beträge in der laufenden Rechnung) wahrgenommen werden. Ein blosser Einsitz des Kantons, sprich der Regierung, im Verwaltungsrat – wie dies die FDP fordert – bringt gar nichts. Im Gegenteil könnte der Gesamtverwaltungsrat die Vertretung der Regierung überstimmen und die Regierung würde allfällige Fehlentscheide mitverantworten müssen. Aus dem heutigen «Privatspital» muss ganz einfach wieder ein echtes «öffentliches Spital» werden.

Faire Löhne für die Angestellten

Wie auch immer das Spital künftig geführt wird: Die Bedürfnisse der Spitalangestellten sind zentral. Sie sind durch die Freistellung des CEO verunsichert, sie haben im Rahmen der «Züglete» von Zug nach Baar Überstunden geleistet. Hier steht die Regierung in der Verantwortung. Nicht ein neues Spital macht die Menschen gesund – angemessen bezahltes und motiviertes Spitalpersonal sind die Voraussetzung für eine gute Gesundheitsversorgung. ■



Die rechtliche Situation

Nur öffentlich-rechtliche Trägerschaft tauglich für Service public

Red. Wie sehen die Einflussmöglichkeiten des Kantons auf das privatrechtlich organisierte Spital aus? Hat er tatsächlich dank der Aktienmehrheit die Möglichkeit, jederzeit auf den Verwaltungsrat einzuwirken, um Entscheidungen im Sinne des Kantons herbeizuführen? Das ist nicht der Fall. Natürlich kann der Kanton mit seiner 95 %-Aktienmehrheit den gesamten Verwaltungsrat an der Generalversammlung abwählen und neue VerwaltungsrätInnen einsetzen. Aber auf die konkrete Arbeit des Verwaltungsrates hat der Kanton keinen direkten Einfluss. Denn dem Verwaltungsrat stehen gemäss Gesetz (Art. 716 OR) u.a. die folgenden unentziehbaren Rechte zu:

- die Oberleitung der Gesellschaft und die Erteilung der nötigen Weisungen;
- die Festlegung der Organisation;
- die Ausgestaltung des Rechnungswesens, der Finanzkontrolle sowie der Finanzplanung;
- die Ernennung und Abberufung der mit der Geschäftsführung und der Vertretung betrauten Personen;
- die Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen.

Die Generalversammlung (in der der Kanton die 95%-Mehrheit hat) verfügt gemäss Art. 698 OR hingegen im Wesentlichen nur über die folgenden Befugnisse:

- die Festsetzung und Änderung der Statuten;
- die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates und der Revisionsstelle;
- die Genehmigung des Jahresberichtes und der Jahresrechnung;
- die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates.

Die Einflussmöglichkeiten des Kantons auf eine privatrechtliche AG sind also nur sehr beschränkt. Wenn der Kanton und namentlich der Regierungsrat seinen Einfluss wahrnehmen will, soll er es nicht indirekt über die Abwahl des Verwaltungsrates oder die Verweigerung der Entlastung des Verwaltungsrates tun müssen. Viel gescheiter ist es, wenn der Regierungsrat direkt führen kann; und das kann er bei den verschiedenen Möglichkeiten einer öffentlich-rechtlichen Trägerschaft des Kantons in jedem Fall besser und direkter. Wenig hilfreich ist auch der Einsitz des Kantons in den Verwaltungsrat; denn damit wird die Regierung letztlich verantwortlich gemacht für Mehrheitsentscheide des Verwaltungsrates, die gegen ihren Willen gefällt werden.

Statt hilflos zu versuchen, indirekt und krückerhaft die Fehlkonstruktion einer privatrechtlichen AG zu steuern, sollten der Kanton und namentlich die Regierung in einem Kernbereich des Service public mit einer öffentlich-rechtlichen Trägerschaft die Verantwortung wahrnehmen.

Rechts auf dem Bild das Parkhaus des neuen Kantonsspitals. Damals im Kantonsrat scheiterte ein alternativer Antrag, auf das oberste Geschoss zu verzichten. Und unsere Zweifel, ob das neue Spital genug gross sein wird, wurden in den Wind geschlagen. Autos sind der bürgerlichen Mehrheit wichtiger als Menschen...

Kantonale Initiative

Red. Der Vorstand der Alternative Kanton Zug hat beschlossen, eine Bündnis-Initiative für ein öffentlich-rechtliches Kantonsspital zu ergreifen. Alle interessierten Organisationen wie Gewerkschaften, politische Parteien, Berufsorganisationen usw. werden eingeladen, dem Initiativkomitee beizutreten. Die Idee ist, einen einfachen und offenen Initiativtext zu formulieren, der anfangs 2009 an alle Organisationen versandt wird. Mitte Januar wird der Initiativtext bereinigt. Dann soll die Unterschriftensammlung beginnen (2000 gültige Unterschriften sind nötig) und spätestens vor Ostern (anfangs April 2009) abgeschlossen sein.

Patient Zuger Kantonsspital

Vroni Straub-Müller, Kantonsrätin CSP, Alternative Fraktion, Zug | Bild Adeline Odermatt

6 Wir dokumentieren die Rede von Vroni Straub-Müller in der denkwürdigen Kantonsratssitzung vom 11. Dezember 2008.

«Da ich seit vielen Jahren am Zuger Kantonsspital als Hebamme arbeite, bin ich so etwas wie eine direkt Betroffene und nehme gerne Stellung zu den Vorfällen im und um das Kantonsspital.

Seit ich 1989 dort anfang, habe ich etwa sieben Spitaldirektoren kommen und gehen sehen, und mir fällt auf, dass die Halbwertszeit dieser Herren in den letzten Jahren abnimmt. Zwischendurch wurden sie in der Phase der Privatisierungswelle CEO's genannt. Zum Glück ist oder nennt sich Herr Dr. Müller nun wieder Spitaldirektor.

Die Freistellung von Herrn Robert Bisig ist aber auf besondere Art und Weise schmerzhaft. Herr Bisig genoss das Vertrauen der ganzen Belegschaft. Es ist auch seiner Persönlichkeit zu verdanken, dass die Mitarbeitenden die Belastung der Züglete so grossartig meisterten. Und nach der Züglete wurde die Belastung nicht kleiner. Vieles musste und muss sich noch einspielen und bevor weiter über die Zukunft nachgedacht werden konnte, sollte sich der Alltag möglichst in ruhigen Bahnen bewegen können. Das war die erklärte Absicht von Robert Bisig und an diesem Strick zog die ganze Belegschaft.

Katastrophal (für den Verwaltungsrat, wohl gemerkt!) verlief dann auch die Personalinformation vom 21. November. Der Verwaltungsrat vermochte in keiner Weise Vertrauen zu schaffen. Die anwesenden Mitglieder des Verwaltungsrates wirkten verunsichert. Es wurde kein Konzept über die weitere Entwicklung vorgestellt, es wurden widersprüchliche Aussagen über die Freistellung von Robert Bisig gemacht, und es entstand der Eindruck, dass nicht das Wohl des Patienten, der Patientin im Mittelpunkt steht, sondern finanzielle und strategische Überlegungen.

Ganz anders gestaltete sich die Perso-

nalinformation vom 09.12.09. Herr Dr. Markus Müller wurde als Spitaldirektor ad interim vorgestellt, ebenso Herr Jacques Steiner, der die Spitalleitung in der Einführung und Umsetzung der Finanz- und Controlling-Systeme unterstützen wird.

Als ich das hörte dachte ich, ja super, ich hätte Herrn Bisig so einen Finanzchef schon vorher an seiner Seite gegönnt, er war nämlich intern bezüglich dieser Kompetenzen schlecht bedient.

Was mir in den letzten unruhigen Tagen aber gefallen hat, ist die Zusammenarbeit aller verschiedenen Kräfte, die letztlich gute Lösungen zustande gebracht haben. Der Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner, die Gewerkschaft, die Personalkommission, die Arbeitgeberseite, Vertreter der Regierung, alle haben sich an einen Tisch gesetzt.

Und zum Schluss muss ich auch noch ein paar Worte zu den Fragen der Wirtschaftlichkeit eines öffentlichen Spitals verlieren. Gerade kantonale Spitäler leisten vieles, was unter wirt-

schaftlichen Aspekten keinesfalls profitabel, aber für die Bevölkerung unerlässlich ist. Auszubilden ist nicht wirtschaftlich, am Bett eines Patienten, einer Patientin zu sitzen, ist auch nicht wirtschaftlich.

Es ist illusorisch immer vom Markt zu sprechen im Gesundheitswesen. Ein öffentliches Spital kann nicht im vollen Umfang autonom über Produkte und Dienstleistungen entscheiden. Private Kliniken können Rosinen picken, die lukrativ sind, öffentliche Spitäler sind verpflichtet, alle Patienten und Patientinnen aufzunehmen, auch die Aufwändigen oder diejenigen, die von den Privatkliniken diskret umgeleitet werden.

Wir sind nun herausgefordert gemeinsam dem Patienten Zuger Kantonsspital, der wohl noch nicht auf der Intensivstation, aber doch bereits schon auf der Überwachungsstation liegt, wieder auf die Beine zu helfen.» ■

Zuger Kantonsspital - ein Fall für die Notfallstation.



Grenzenlos grün

Björn Schaub, Geschäftsleiter Grüne Baselland | Bild F. Ammann

Die Grünen Baselland erleben seit fünf Jahren eine rasante Entwicklung. Die Fraktion im kantonalen Parlament hat sich von fünf auf elf LandrätInnen vergrössert und die Parteimitgliederzahl hat sich verdoppelt. Unzählige aktive Mitglieder und MandatsträgerInnen rund um das Parteipräsidium mit Philipp Schoch und Sarah Martin machen dies durch engagierte Arbeit möglich.

Die Wurzeln der Grünen Baselland reichen bis in die 1970er Jahre zurück. Im Jahr 1979 wird die Grüne Partei Nordwestschweiz aus Mitgliedern der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn gegründet. In den 1980er Jahren gelingt den Grünen Baselbiet, einem Bündnis aus drei grünen Bewegungen und Parteien, der Einzug ins kantonale Parlament: Auf Anhieb werden zehn Kandidierende gewählt. Anfang 90er Jahre folgt der nächste Erfolg: Mit Ruth Gonseth wird die erste grüne Baselbieter Nationalrätin gewählt.

«Mais im Bundeshuus»

Zehn Jahre danach, im Sommer 2001, rückt Maya Graf für sie in den Nationalrat nach.

Nationalratskandidierende 2007: Karl-Heinz Zeller (Gemeinderatspräsident Arlesheim), Rahel Bänziger (Einwohnerrätin Binningen), Maya Graf (Nationalrätin, bisher), Philipp Schoch (Parteipräsident und Landrat), Madeleine Göschke (Landratsfraktionspräsidentin), Isaac Reber (Landrat) und Esther Maag (Landratspräsidentin 2007).



Bei den Nationalratswahlen erreicht die Partei 14 Prozent Stimmenanteil und Maya Graf wird mit einem Glanzresultat wieder gewählt. Heute zählen die Grünen Baselland insgesamt über 50 MandatsträgerInnen, welche auf lokaler, kantonaler und nationaler Ebene aktiv grüne Politik betreiben.

Chemiemülldeponien

Die Themen Energie und Trinkwasser bilden die aktuellen inhaltlichen Schwerpunkte der Grünen Baselland. Die Partei hat in den letzten beiden Jahren drei Volksinitiativen eingereicht: «Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien», je eine Initiative für sauberes Trinkwasser und für die Sanierung der Chemiemülldeponien durch die verursachenden Chemiefirmen in der Region Nordwestschweiz. Im Oktober 2008 haben die Grünen Baselland zudem ein Massnahmenpaket Energie und Klima vorgestellt, das elf parlamentarische Vorstösse umfasst. Das Paket ist ein konkreter Schritt in Richtung Fernziel der Energie-Initiative: Bis im Jahr 2030 soll mindestens die Hälfte des kantonalen Gesamtenergieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen stammen (heute 17 Prozent).

Grenzübergreifend

Wie schon der ursprüngliche Namen der Grünen Baselland zeigt, begleitet sie das Thema einer besseren Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg seit Anfang an. Daher ist es auch kein Zufall, arbeiten die Jungen Grünen über die Kantonsgrenzen zusammen und nennen sich junges grünes Bündnis nordwest. Im Herbst 2008 ist das Buch «Grenzenlos - Grüne Ideen für die Nordwestschweiz und den Oberrhein» (Christoph Merian Verlag) erschienen, in welchem Grüne aus dem Baselbiet, Basel und der Stadt Freiburg (Deutschland) gemeinsam Ideen über die Grenzen hinweg entwickeln. ■

Hochhausstandorte mit Vernunft

Martin Spillmann, Mitglied des Initiativkomitees | Bild Martin Spillmann

8 Die Entwicklung des Zuger Stadtbilds bleibt ein wichtiges politisches Thema. Im folgenden Artikel erläutert der Autor die Gründe des Initiativkomitees für deren Forderung nach einem Leitbild für den Hochhausbau in Zug.



Schönes Zug ohne Hochhaus, dafür mit Baarburg

Am 10. Juni 2008 wurde die städtische Initiative «Hochhausstandorte mit Vernunft» eingereicht. Sie fordert: 1. Als Hochhäuser gelten Gebäude mit einer Höhe von über 25 Metern und 2. zwischen den SBB Geleisen (Zug – Arth-Goldau und Zug – Luzern) und dem Seeufer dürfen keine Hochhäuser erstellt werden. Für die anderen Gebiete erlässt die Stadt Zug ein Hochhausleitbild.

Warum diese Initiative? Die fortschreitende Verbauung von Zug und das Projekt Belvedere gaben den Ausschlag. Für die Initianten war zudem unerklärlich, warum der Gemeinderat 2003 ein fertig ausgearbeitetes Leitbild in der Schublade versenkte. Die Initiative verbessert einerseits die Planungssicherheit und garantiert ferner den sofortigen Schutz der Seeuferzone vor massiver Überbauung. Hauptziel ist es, die Ausstrahlung und Präsenz des Sees nicht durch Hochhäuser zu konkurrenzieren oder gar zu zerstören. Eine Ausschlusszone für Hochhäuser schützt die Sicht vom Seeufer auf

Stadt und Land und auf die Ausläufer des Zugerbergs. Wie definiert man eine solche Seeuferzone am Besten? Die Initianten wählten die bestehenden Bahnlinien als einfache Orientierungshilfe, weil dies verständlich und für den Gesetzgeber einfach umsetzbar ist. Der Anteil der vorgesehenen Schutzzone an der Gesamtfläche der Gemeinde Zug ist gering. Dieser kleine Anteil ist aber einzigartig und exponiert. Er umfasst nebst dem Seeuferbereich auch die historische Innenstadt.

Für ein Hochhausleitbild

Das Initiativkomitee ist nicht generell gegen Hochhäuser. Deshalb verlangt die Initiative ja auch das Erstellen eines Hochhausleitbildes um Standorte sowie Planungsregeln für Hochhäuser festzulegen. Die Ausarbeitung des Leitbildes wird den Spezialisten überlassen. Heute kann in Zug mit jedem Bebauungsplan der Zonenplan ausgehebelt und die maximale Geschosshöhe überschritten werden. Es gibt keine verbindlichen

Regeln. Was vordergründig baufreundlich aussieht, führt in der Praxis regelmässig zu Unfrieden, Verzögerungen und Kosten. Andere Städte in der Schweiz wie Zürich, Genf oder Bern, aber auch Winterthur und neu Olten kennen seit Jahren Leitbilder und schätzen die damit geschaffene Planungssicherheit.

Wie geht es weiter

Die Abstimmung zur Initiative war für Februar 2009 geplant. Der Stadtrat von Zug beantragte dem Gemeinderat im Oktober 2008, das Anliegen direkt in die Bauordnung zu übernehmen. Er begründete dies wie folgt: «Die Forderung der Initianten, zwischen den SBB-Geleisen (Linien Zug - Arth-Goldau und Zug - Luzern) und dem Seeufer keine Hochhäuser zu erstellen, erscheint in Anbetracht des klaren Abstimmungsergebnisses zum Bebauungsplan Belvedere politisch geboten, aber auch sachlich vertretbar.» Mit diesem Antrag war die Bau- und Planungskommission noch nicht einverstanden und beauftragte den Stadtrat, einen Kompromiss zu finden. Ein solcher konnte gefunden werden. Mit diesem wird auf eine Unterstellung der bestehenden Bebauungspläne Postplatz und Katharinenhof in die Ausschlusszone verzichtet. Alle anderen Anliegen bleiben unverändert. Dieser Vorschlag wurde am 18. November von einer grossen Mehrheit des Gemeinderats angenommen. Wird gegen diesen Beschluss beim Regierungsrat keine Beschwerde eingereicht, werden die neuen Bestimmungen mit Genehmigung durch den Regierungsrat Bestandteil der Bauordnung. Eine Abstimmung erübrigt sich dann. Bei der danach anstehenden Erarbeitung des Leitbildes wird sich das Initiativkomitee einbringen, sollte dies der Wunsch der Stadt sein. ■

Landsgemeinde(park)platz

Rupan Sivaganesan, Präsident Alternative Stadt Zug | Bild Adelina Odermatt

«Die Altstadt von Postplatz bis Casino, von der Löberen bis zum Landsgemeindeplatz ist historisches und kulturelles Herz von Zug. Die einzigartige Lage am See und die regelmässig stattfindenden Veranstaltungen machen dieses Zentrum zu einem besonderen Erholungs- und Erlebnisraum.» Was klingt, als wäre es einem Reiseführer entnommen, ist tatsächlich in etwa der Inhalt eines Online-Textes von Zug Tourismus. Das soll sich laut einer SVP-Motion aber ändern.

Sucht man weiter nach dem Landsgemeindeplatz Zug verweist die Trefferliste des www bald auf Fasanerie und Voliere, 1. August-Reden, Konzerte, Risottoplausch der SVP, Openair Partying, Bücherbus und Handwerkermarkt. Belebt und lebendig geht es dort also zu – aber um dies zu wissen, brauchen Zugerinnen und Zuger nicht zu googlen.

Bereits im Jahr 1983 hat die Stadtzuger Bevölkerung daher mit der Annahme der Initiative für einen schöneren Landsgemeindeplatz befürwortet, dass dieser besondere Ort autofrei bleiben muss. Nun soll der Volksentscheid mit einer neuen Regelung umgangen werden: Der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug hat am 6. Mai 2008 ein Postulat der SVP-Fraktion betreffend Erstellung von Parkplätzen auf

dem unteren Landsgemeindeplatz knapp mit 17 zu 19 Stimmen überwiesen, der Stadtrat ist nun dabei, entsprechende Parkierungsmöglichkeiten zu erstellen und parallel dazu ein mutmasslich teures Parkleitsystem zu installieren.

Suchverkehr und ...

Erstmals sollen diesen Winter wochentags 10 Parkplätze direkt auf dem Landsgemeindeplatz signalisiert und eingerichtet werden. 25'000 Franken soll dies kosten, zuzüglich Unterhalt. Dieser Beschluss wurde kürzlich im Zuger Amtsblatt publiziert - die Alternativen haben dagegen Beschwerde eingelegt.

Die SVP-Motion möchte den Zeitraum zusätzlich gar bis Ostern (statt bis Februar) erweitern: Mit der Parkplatz-

freigabe am Hirschenplatz sei ein Anfang gemacht worden – hierbei handle es sich nun um die logische Fortsetzung einer parkplatzfreundlicheren Politik. Die Fortsetzung eines «freundlicheren» Parkplatzregimes auf dem (im Winter) ohnehin brachliegenden Landsgemeindeplatz sozusagen. Ob die Einrichtung der 10 Parkplätze die Umsätze in den umliegenden Geschäften tatsächlich markant erhöhen würde, bleibt offen. Dass der so genannte Suchverkehr auf der Seestrasse, zwischen unterem Postplatz und Landsgemeindeplatz, zunehmen wird, ist hingegen doch sehr wahrscheinlich.

... tote Flächen

Oberirdische Parkplätze stellen in jedem Fall tote Fläche für eine Stadt dar – bleiben sie auf dem Landsgemeindeplatz nun auch «nur» bis zur Inbetriebnahme des Parkhauses Altstadt/Post und «nur» im Winter bestehen.

Im Zentrum unseres Engagements und unserer Investitionen sollte wohl kaum ein parkplatzfreundlicheres Regime, sondern vielmehr die Lebensqualität der Menschen stehen. Setze wir uns deshalb dafür ein, dass die Altstadt, dass eines ihrer Zentren ganzjährig autofrei bleibt! Der Landsgemeindeplatz lässt nämlich vielerlei Nutzungen zu, ganzjährig finden beispielsweise Märkte statt. Er soll bleiben, was er war und was er ist: Ein belebter gesellschaftlicher und kultureller Treffpunkt mit historischer Bedeutung, ein Erholungs- und Erlebnisraum, ein Ort der Begegnung – nicht nur für Touristen, sondern insbesondere auch für die Zugerinnen und Zuger. ■



Das historische und kulturelle Herz von Zug als Parkplatz.

Ortsplanungsrevision – die zweite Runde

Astrid Estermann, Alternative Gemeinderätin Stadt Zug | Bild wikipedia.org

10

An der Sitzung vom 1. Juli 2008 schloss der Grosse Gemeinderat (GGR) die Beratungen der ersten Lesung zur Ortsplanung ab. Die zweite Lesung im GGR wird im März und April 2009 stattfinden. Mit diesem Bericht möchte ich über den Zwischenstand informieren und richte dabei den Blick auf einige, mir besonders wichtige Punkte.

Preiswerter Wohnungsbau

Die Motion der SP für die Gewährung eines Ausnützungszuschlags für preiswerten Wohnungsbau wurde im GGR angenommen. Der Stadtrat schlägt nun vor, in allen Baugebieten einen Bonus in der Höhe von 10 Prozent für preiswerten Wohnungsbau zu gewähren, wenn mindestens 25 Prozent der anzurechnenden Geschossflächen der geplanten Überbauung für günstige Wohnungen reserviert werden. Der Nachteil dabei ist, dass dieser Bonus zusammen mit anderen Boni für Arealüberbauungen und Minergie-P zu sehr hoher Ausnützung führen kann. Der Bonus von 5 Prozent für Bauten im Minergie-P-Standard soll deshalb wieder gestrichen werden. Die Festlegung eines Maximalbonus (Bonusdach) lehnt der Stadtrat leider ab. So wird es verunmöglicht, dass Eigentümer selber entscheiden können, welche Boni sie beanspruchen möchten.

Der Vorschlag der Alternativen ist nun auch wieder ins Spiel gebracht worden: In der Bauordnung sollen Zonen für preiswerten Wohnungsbau umschrieben und im Zonenplan Grundstücke für den preiswerten Wohnungsbau bestimmt werden. Die Bürgerlichen appellieren bei diesem Thema auf Freiwilligkeit und lehnten deshalb den Antrag der Alternativen kategorisch ab. Die Alternativen erachten es aber als notwendig, solche Zonen zu bestimmen, damit endlich ein Lösungsansatz für eines der dringendsten Probleme unserer Stadt verfolgt wird.

Stimmungsumschwung oder Kalkül

Erstmals kann ein gewisser Stimmungsumschwung festgestellt werden: Der Stadtrat hat von der Bau- und

Planungskommission (BPK) den Auftrag erhalten, eine Bestimmung zum preiswerten Wohnungsbau auszuarbeiten und damit die beiden Anliegen der SP und der Alternativen allenfalls auch zu verbinden. Vielleicht haben die Bürgerlichen gemerkt, dass sie die hohen Wohnungskosten nicht weiterhin ignorieren können. Vielleicht aber ist es nur taktisches Kalkül, damit ihr Anliegen für das Einzonen von 20'000m² in die Zone W1 – also Einfamilienhäuser – eine Mehrheit findet. In der ersten Lesung gelang es ihnen nicht, sich auf die Gebiete zu einigen, die dafür eingezont werden sollen. Sie standen zum Schluss ohne einen einzigen Quadratmeter für ihr Anliegen da. Es ist klar, dass sie dies mit Blick auf die zweite Lesung verhindern wollen. Die Alternativen lehnen solche Einzonzonen ab. Der Landverschleiss für einzelne Reiche ist immens – die soziale Entmischung in der Stadt wird noch drastischer, mit zunehmender Tendenz zum «Reichenghetto».

Die Grundeigentümer des Areals «Franziskusheim» (Oberwil) haben in einem Schreiben bestätigt, dass sie im eingezonten Gebiet unter anderem preiswerten Wohnungsbau vorsehen. Über den Anteil schweigen sie sich aus. Es stellt sich die Frage, ob dieser Absicht getraut werden kann, nachdem sie schon mehrfach Unwahrheiten – ebenfalls in schriftlicher Form – in die Welt gesetzt haben. Mit einem Eintrag im Zonenplan für preiswerten Wohnungsbau wäre dem Lippenbekenntnis Verbindlichkeit gegeben.

Stierenmarkt und Oesch-Areal

Der Stadtrat schlägt vor, für beide Areale Zonen mit speziellen Vorschriften

zuzuweisen. Ziel ist, mehr Flexibilität in der Entwicklung der Gebiete zu haben. Damit stösst er die Entscheide des GGR um, das gesamte Areal Stierenmarkt und beim Areal Oesch 8'000m² der Zone öffentlichen Interesses (ÖIB) zuzuordnen. Es ist für mich nicht einzusehen, dass beim Stierenmarkt auch Wohnen zugelassen werden soll. Bis im Januar 2009 will der Stadtrat detaillierte Unterlagen liefern, um seinen Entscheid zu begründen. Der Gefahr, dass Wohnbauten auf beiden Arealen ton- und publikumsintensive Anlässe verdrängen, zu wenig Platz für die Herbstmesse bleibt, allzu hohe Häuser auf dem Areal Oesch gebaut werden, die alten Stierenstallungen modernen Hallen mit Mantelnutzungen weichen, sollte er dabei entgegenreten.

Altes Kantonsspital und Hochhausleitbild

Der Stadtrat schlägt vor, nach der Ablehnung des Bebauungsplans das Grundstück des alten Kantonsspitals ebenfalls einer Zone mit speziellen Vorschriften (für Nutzungen Schulen, Museen, Wohnen und Arbeiten) zuzuweisen, was begrüssenswert ist. Er will aber von der Bebauungsplanpflicht absehen, damit die Planung schneller vonstatten gehen kann. Alle Parteien sollen für die Ausarbeitung eines Gesamtkonzepts einbezogen werden und damit sei der Mitbestimmung genüge getan. Ich sehe keine Vorteile, wenn der Bevölkerung das Recht auf ein Referendum entzogen wird. Bei der Überbauung des Grundstücks besteht keine Zeitnot. Endlich soll ein Hochhausleitbild Teil der Bauordnung werden. Da der Wortlaut den Anliegen des Initiativkomitees «Hochhausstandorte mit



Wo, bitte schön, möchten Sie das Villenviertel haben?

11

Vernunft» nachkommt, werden diese die Initiative zurückziehen. Die Bürgerlichen haben der Sperrzone zwischen Eisenbahn und See nur unter Zähneknirschen zugestimmt – sie fürchteten die Niederlage bei einer Volksabstimmung. Die Zeit drängt: Es stehen weitere Hochhäuser in der Pipeline (bspw. auf dem Parkplatz des Siemensareals), deren Planer nicht länger warten wollen. Hochhausdiskussionen werden uns in den nächsten Jahren somit weiterhin beschäftigen.

Pflegebetten

Der Stadtrat klärt ab, wie viel zusätzliche Pflegebetten in der Stadt Zug notwendig sind. Im Januar 2009 sollen die Zahlen vorliegen. Es müssten auch entsprechende Zonen im Zonenplan ausgeschieden werden, wenn nicht die benachbarten Gemeinden in die Bresche springen sollen. Eine solche Zone beim alten Kantonsspital wurde bisher abgelehnt.

Rötberg

Nachdem die Grundeigentümer des Areals einer vertraglichen Lösung zur Erhaltung der Perle Rötberg nicht zustimmen wollten, schlägt der Stadtrat nun vor, den Kernbereich mit Restaurant und Aussichtspunkt im Umfang von 3'240 m² von der Zone W2B neu in die Zone ÖIB umzuzonen. Die

Stadt solle dieses Grundstück für ca. 6 bis 8 Millionen kaufen.

Verkehrsrichtplan

Der Stadtrat übernimmt den kantonalen Richtplan nach wie vor einfach unverändert. Er hat bis heute keine Stellungnahme hinsichtlich der Tangente Zug-Baar abgegeben. Die Alternativen haben folgende Punkte bei der ersten Lesung durchgebracht:

- Die Industriestrasse soll bereits bei der Eröffnung der Nordzufahrt eine Strassenunterbrechung erhalten (Riegel) und nicht erst mit der Tangente Zug-Baar.
- Die Stadt sorgt für genügend Veloabstellplätze in der Umgebung von öffentlichen und halböffentlichen Gebäuden (Bahnhof, Busstationen, Schulhäuser, Bibliothek).
- Fusswegverbindungen sind behindertengerecht zu bauen. Auf hohe Randsteine ist zu verzichten.
- Es ist ein attraktiver öffentlicher Fussweg von der Gartenstadt direkt zum Bahnhof zu schaffen.

Einwohnerzahl bestimmen

Die Baudirektion des Kantons Zug hat unmissverständlich klar gemacht, dass sie einer Erhöhung der Einwohnerkapazität nicht zustimmen wird. Die Berechnung hat 29'128 Einwohner ergeben. Es besteht somit gegenüber

dem Zonenplan der ersten Lesung keinerlei Spielraum. Wird an einem Zipfelchen des Stadtgebiets noch mehr eingezont oder aufgezont, beginnt die ganze Berechnung zu wackeln. Die ganze Ortsplanungsrevision wäre somit gefährdet, was den Bürgerlichen sicher noch einiges Kopfzerbrechen beschert. Wir Alternativen hätten gerne weniger eingezont: Eine Unterschreitung würde vom Kanton wohl kaum gerügt.

Wir dürfen gespannt sein, was die zweite Lesung bringen wird. Wir hoffen, dass wir vor allem unser wichtigstes Anliegen, den preiswerten Wohnungsbau durchbringen werden. ■

Ein Bundesrat gegen die Menschenrechte

Josef Lang, Nationalrat Alternative Kanton Zug | Bild rippenspreizer.de

12 Um die Wahl von Ueli Maurer in den Bundesrat zu verhindern, veröffentlichte Jo Lang in der Wochenzeitung den untenstehenden Text.

Der Zufall will es, dass die Ersatzwahl in den Bundesrat zusammenfällt mit dem internationalen Tag der Menschenrechte. Mit dem ehemaligen SVP-Präsidenten Ueli Maurer steht ein Kandidat zur Wahl, der mit den Menschenrechten, dem Völkerrecht und anderen Grundwerten eines modernen Rechtsstaates seit Jahren auf Kriegsfuss steht. Bei der Einbürgerungsinitiative verletzte der Ausschluss jeglichen Beschwerderechts Nichteingebürgerter die Rechtsweggarantie der UNO-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Weiter versties sie gegen das Recht auf wirksame Beschwerde der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK).

Die Ausschaffungsinitiative spottet mit ihrer Sippenhaft jeglicher Rechtsstaatlichkeit. Zudem müssten «anerkannte Flüchtlinge, vorläufig aufgenommene Personen und/oder sonst von Folter bedrohte Täter aufgrund des Ausschaffungsautomatismus ausgeschafft werden, auch wenn dies einen Verstoß gegen das völkerrechtliche Rückschiebungsverbot bedeutete». Der Zürcher Rechtsanwalt Marc Spescha, der an einer kürzlichen Impulstagung zu den beiden hängigen Rechtsausens-Initiativen zu diesem Schluss kam, sieht das SVP-Begehren deshalb zusätzlich in Widerspruch zu Artikel 2 (Recht auf Leben) und 3 (Verbot der Folter) der EMRK. Die Minarettinitiative, in dessen Unterstützungskomitee Maurer sitzt, verletzt gemäss den Ausführungen von Thomas Gächter (Universität Zürich) die Religionsfreiheit, verstösst gegen das Diskriminierungsverbot (Artikel 14 EMRK) und wahrscheinlich auch gegen den Minderheitenschutz (Artikel 27 UNO-Pakt II für bürgerliche und politische Rechte). Weiter stellt sie, was viel zu wenig beachtet wird, den säkularen Charak-

ter eines Bundesstaates in Frage, der sich seit 1874 ausdrücklich als überkonfessioneller definiert.

Die UNO und das schwarze Schaf

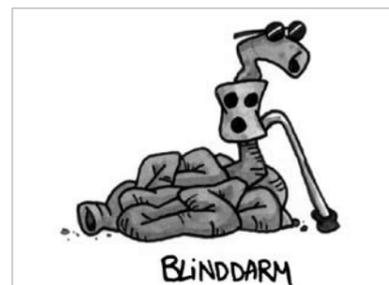
Kurz nach der Lancierung der Ausschaffungs-Initiative hatte Doudou Diène, UNO-Berichterstatler zu Rassismus, in seinem Bericht vom 30. Januar 2007 die Politik der von Maurer präsidierten Partei umfassend kritisiert. Neun Monate später verlangte Diène den Rückzug des Plakats, «auf dem ein weisses Schaf ein schwarzes Schaf aus dem Land bugsiert». Nicht ganz zufällig wurde dieses Plakat zu einer Ikone der Rechtsextremen und Faschisten Europas und anderer Kontinente. Am 8. Mai 2008 kritisierte der UNO-Menschenrechtsrat das SVP-Plakat zur Einbürgerungsinitiative als diskriminierend und rassistisch. Dieses Plakat dürfte noch zu Maurers Amtszeit ausgeheckt worden sein. Das berühmte Zettel-Video aus dem letztjährigen Wahlkampf ist eine hervorragende Illustration für die These des Nazi-Kronjuristen Carl Schmitt, wonach das Politische sich über das Verhältnis von Freund und Feind definiert. Zu diesem Politikverständnis passen Bilder wie das vom «Blinddarm», den «man entfernen muss, sobald er zum Problem wird», womit Maurer seine damalige Parteikollegin Eveline Widmer-Schlumpf meinte. Oder Maurers Aussage über Samuel Schmid, der «soviel wie klinisch tot» sei.

Selbstverständlich ist Maurer kein Faschist, sondern ein rechtskonservativer Nationalist, dessen Partei das «Volk» verkörpern soll. Schätzungsweise ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes gehören dem Teil der Bevölkerung an, der sich zuverlässig als «Volk» verhält und aufgeführt. In diesem ruht Maurer – im Un-

terschied zu einem Blocher, der von einer Mission getrieben ist, die ihn nicht nur über die Bevölkerung, sondern auch über das «Volk» hebt. Deshalb erscheint Maurer sympathischer, zugänglicher und pragmatischer als der Pastorensohn. In der politischen Substanz aber gibt es zwischen ihnen keinen Unterschied.

Deshalb bedeutet eine Stimme für Ueli Maurer ein Doppelverrat: einen am 12. Dezember 2007, dem Tag der Abwahl Blochers, und einem am 10. Dezember 1948, der Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die UNO-Generalversammlung. ■

Ueli Maurer: Bundesrätin mit Blinddarm verglichen



Menschenleben und Arbeitsplätze

Josef Lang, Nationalrat Alternative Kanton Zug und GSoA-Vorstand | Bild GSoA

13 Die Wirtschaft hat ihre Kampagne gegen die Volksinitiative für ein Kriegsmaterialexportverbot bereits gestartet. Dabei übertreibt sie die Folgen für die Arbeitsplätze und tut so, als unterschieden sich Rüstungsgüter nicht von anderen Gütern.

Im letzten Jahr exportierte die Schweiz Kriegsmaterial im Wert von 486,5 Millionen Franken. 83 Prozent der Waffenausfuhren gingen an Staaten, die sich am so genannten «Krieg gegen den Terror» im Irak und in Afghanistan beteiligen. Nun hat der Bundesrat den Angriffskrieg gegen den Irak zurecht als völkerrechtswidrig verurteilt. Und als das VBS im November letzten Jahres den Rückzug der Schweizer Offiziere aus Afghanistan ankündigte, hiess es in der Medienmitteilung: «Die friedenserhaltende Unterstütsungsoperation hat sich im südlichen Teil Afghanistans schrittweise in eine Operation zur Bekämpfung der Aufständischen verwandelt». Vor diesem Hintergrund sind Waffenlieferungen an die «Koalition der Willigen» nicht nur friedenspolitisch bedenklich, sie stellen auch einen neutralitätspolitischen Sündenfall dar.

Zweifelhafte Regimes werden beliefert

Auch Regimes, welche die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen, werden immer wieder mit Schweizer Waffen ausgestattet, so etwa das Regime von Idriss Déby im Tschad, welches 2006 eine PC-9 der Stanser Pilatus-Werke erwarb. Kurz darauf tauchten Medienberichte aus der Region auf, wonach das Flugzeug mit Waffensystemen ausgerüstet und gegen die Rebellen eingesetzt worden sei. Am 15. Oktober dieses Jahres bewilligte der Bundesrat die Ausfuhr von Maschinenpistolen nach Saudi-Arabien – dies, obwohl Amnesty International immer wieder auf schwere Menschenrechtsverletzungen in dem Land hinweist und keine Garantie besteht, dass diese Waffen nicht gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden. Im dritten Quartal 2008 war Pakistan der grösste Abnehmer von



Pilatus PC-9: Nicht nur ein Trainingsflugzeug im Tschad.

Schweizer Kriegsmaterial – also just eines der Länder, im Bezug auf welche die Geschäftsprüfungskommission die bundesrätliche Bewilligungspraxis im November 2006 scharf kritisierte.

Wirtschaftlich tragbares Verbot

Nun ist grundsätzlich nicht zu bestreiten, dass ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten volkswirtschaftliche Kosten verursacht. Doch das gilt für jedes Verbot einer schädlichen Praxis, also etwa auch für das Verbot der Kinderpornographie oder des Handels mit harten Drogen. Zudem ist die von der Wirtschaft verbreitete Behauptung, dass über 10'000 Arbeitsplätze in Gefahr seien, völlig aus der Luft gegriffen. Eine Studie des BAK Basel im Auftrag des Bundesrats schätzt, dass 5'132 Arbeitsplätze von der Ausfuhr von Kriegsmaterial und insbesondere militärischen Gütern abhängen. Eingerechnet sind dabei auch Zulieferfirmen und Dienstleister. Dass noch einmal so viele Arbeitsplätze indirekt gefährdet sein sollen, ist unplausibel. Zwar mag es im Einzelfall vorkom-

men, dass eine Firma durch das kleinere Auftragsvolumen auch zivile Aufträge verliert. Doch genauso ist der umgekehrte Fall möglich. So hatte Pilatus laut eigenem Geschäftsbericht im vergangenen Jahr Lieferengpässe bei den Privatjets. Würde der militärische Bereich geschlossen, so könnten die Arbeitnehmenden direkt in den zivilen Bereich übernommen werden. Ausserdem sieht die Initiative Massnahmen zur Unterstützung der betroffenen Arbeitnehmenden und Regionen vor. Einschliesslich der Steuerausfälle belaufen sich die Folgekosten der Initiative laut BAK-Studie auf 532 Millionen Franken, verteilt auf mehrere Jahre. Zum Vergleich: Die neuen Kampfflugzeuge, welche die Armee beschaffen will, dürften einschliesslich der Betriebs- und Unterhaltskosten mit sechs Milliarden zu Buche schlagen.

Zudem muss sich jeder, der den Waffenexport mit dem Hinweis auf den Verlust von Jobs rechtfertigt, die Frage stellen lassen, was mehr wert ist: Ein Menschenleben oder ein Arbeitsplatz? ■

Ökonomie des Peakoil

Martin Stuber, Redaktor BULLETIN | Illustration IEA

14 **Der Peakoil – das Überschreiten des Höchstpunktes der Welt-Erdölförderung – entwickelt unter den Bedingungen der kapitalistischen Marktwirtschaft eine ganz spezielle Dynamik. Die Menschheit wird unter diesen Bedingungen den Peakoil nicht in den Griff bekommen und einige Besonderheiten der Ökonomie des Peakoil haben schwerwiegende Folgen. Radikale Änderungen sind unabdingbar.**

Die Effekte von Peakoil sind mannigfaltig und teilweise umstritten, aber einer ist klar und wir haben schon einen kleinen Vorgeschmack darauf bekommen: der Rohölpreis wird tendenziell steigen.

Wetten auf knappes Öl ...

Hintergrund des Preisanstieges seit 2006 ist eine gleich bleibende Produktionsmenge von so genanntem konventionellem Röhöl (conventional crude) von rund 85 Millionen Fass täglich. Gleichzeitig ist die Nachfrage aber gestiegen, was den Preis in die Höhe getrieben hat. Ein weiterer Effekt ist eingetreten: die Erwartung von steigenden Preisen hat Ummengen an spekulativem Geld in Oil Futures geleitet, was zu einem Peakoil-Price führte. Das Ganze wurde erleichtert durch die Deregulierung und Globalisierung der Finanzmärkte.

... bis die Spekulationsblase platzt

Der Zusammenbruch der Kreditvergabe (das meiste Spekulationsgeld ist leveraged, d.h. beruht selber auf Kredit) sowie ein im Gefolge der global anlaufenden Rezession sinkender Rohölbedarf führten zu einem Zusammenbruch des Ölpreises. Nun wird auf fallende Ölpreise spekuliert, was den Preis «künstlich» nach unten drückt. Die OPEC versucht nun Gegensteuer zu geben, indem sie die Fördermengen zu drosseln versucht. Was nur dann durchschlagende Wirkung zeigen wird, wenn Saudi Arabien und Russland mitmachen. Bei Redaktionsschluss sah es so aus, dass sie es tun werden.

Wir sehen also eine erste Wirkung des Peakoil – der Ölpreis wird zum Spiel-

ball der Spekulation, was angesichts des gehandelten riesigen Volumens für die Spekulanten ein gefundenes Fressen ist. Peter Fusaro, Mitgründer des «Energy Hedge Fund Center» brachte es in der Augustnummer des «Oil & Gas Financial Journal» auf den Punkt: «Wir sind nicht am Ende der Versorgung mit fossilen Energieträgern, aber die Tage billiger Energie sind unwiderruflich vorbei. Leben wir damit und betrachten es als eine Investitionsgelegenheit.»

Wir erlauben uns hier eine Randbemerkung: die «Rettung» der Banken durch den Staat ohne scharfe Auflagen oder direkte Kontrolle ermöglicht auch das «Weiterspielen» der Spekulanten.

Spekulation behindert Produktion und Exploration

Die mit Peakoil einhergehende Volatilität (volatil = starken, unberechenbaren Schwankungen unterworfen) des Ölpreises hat eine in der breiten Öffentlichkeit kaum beachtete, aber weit reichende Konsequenz: sie schreckt Investoren für die Exploration neuer Ölvorkommen und für die Erschliessung schon bekannter Felder ab. Im kürzlich veröffentlichten World Energy Outlook 2008 der internationalen Energieagentur (IEA) wird der entsprechende Investitionsbedarf bis 2030 auf 5 Billionen Dollar geschätzt. Das sind 5'000 Milliarden oder 5 Millionen Millionen!

In ihrer Ausgabe vom 13.11.2008 betitelt denn auch die NZZ einen Artikel über den IEA-Bericht folgendermassen: «Das Zeitalter des Erdöls ist noch nicht zu Ende – Warnungen vor den Folgen eines Investitionsmangels.»

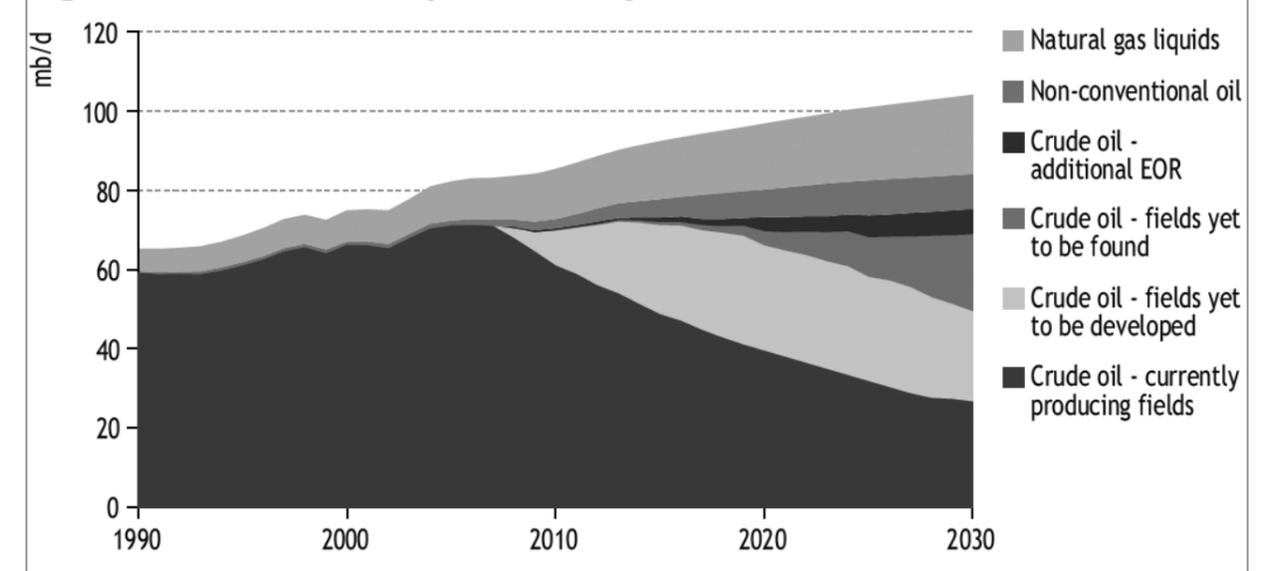
Die Volatilität des Preises hat noch andere Folgen: so sind Investitionen in «nicht-konventionelles» Erdöl plötzlich nicht mehr rentabel, wenn der Preis auf 50 \$ oder noch tiefer sinkt. Für die Gewinnung von Erdöl aus kanadischem Ölsand wird je nach Quelle ein Preis von bis zu 90 \$ genannt, um mittelfristig diese Produktion gewinnträchtig zu halten. Unter diesen Umständen ist das Ölproduktionszenario der IEA völlig unrealistisch. Das Geld für die «fields to be developed» wird nicht reichen (vgl. Illustration).

Dank Öl ist Dollar Weltwährung

Als anfangs der 70er-Jahre Bretton Woods Geschichte war und damit die Goldbindung der wichtigsten Währungen aufgelöst wurde, führte der erste Ölpreisschock 1973 (die Vervielfachung des Rohölpreises auf 11 \$ pro Barrel) zu einer Wirkung, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann – der Dollar konnte seine Funktion als Weltwährung behaupten, weil das Rohöl in Dollar gehandelt wurde und das Handelsvolumen wertmässig stark zunahm. Das hat es der U.S.-Notenbank bisher als einziger auf dieser Welt erlaubt, ungestraft Dollars zu drucken, die nicht gedeckt sind.

Die Auswirkungen der sich entfaltenden Weltwirtschaftskrise sind in vielem noch ungewiss, aber die Ablösung des Dollars als Leitwährung für den Rohölhandel und damit auch für den Rohstoffhandel dürfte wohl nur noch eine Frage der Zeit sein. Der Moment wird wohl gekommen sein, wenn die derzeitige massive Überbewertung des Dollars nach unten korrigiert wird und das U.S.-Militärbudget unter dem

Figure 11.1 • World oil production by source in the Reference Scenario



In ihrem neuesten Bericht anerkennt die IEA zum ersten Mal indirekt Peakoil. Dies ist von besonderer Bedeutung, weil die IEA als Zusammenschluss der wichtigsten Ölkonsumenten-Länder bisher den Peakoil immer bestritten hat.

Das Diagramm zeigt das Referenzszenario für die zu erwartende Ölproduktion bis 2030. Es ist vom zu erwartenden Bedarf her gerechnet! Der Ausgleich des dramatischen Rückgangs der Produktion bestehender Ölfelder beruht auf dem «Prinzip Hoffnung» und ist kaum finanzierbar. Bis 2030 müssten 64 Mio. Fässer täglich zusätzlich produziert werden, was der sechsfachen Produktionsmenge von Saudi Arabien entspricht!

Druck der Finanzkrise massiv reduziert werden muss.

Peakoil erhöht die Ungleichheit

Wer leidet am meisten unter hohen Ölpreisen? Ein Diskussion mit einem nigerianischen Asylbewerber mit Hochschulabschluss hat mir vor Jahren (noch vor Peakoil) die Augen geöffnet für diesen Aspekt: als ich argumentierte, dass ein hoher Ölpreis gut sei, weil damit das Umsteigen auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel beschleunigt werde, antwortete er zu Recht, dass mit einem hohen Ölpreis das Elend in den armen Ländern grösser, die ungleiche Reichumsverteilung verstärkt und das Entwicklungstempo verlangsamt werde. Und hinzugefügt werden kann, dass die

Volatilität des Ölpreises für die armen Länder schwieriger zu meistern ist, weil der Anteil an den Importausgaben für Öl grösser ist.

Marktversagen

Die Beispiele zeigen, dass der freie Markt nicht in der Lage ist, dafür zu sorgen, dass die Menschheit mit dem Schwinden der vielleicht wichtigsten Ressource vernünftig, d.h. im Interesse aller, umgehen kann. Nur eine bewusste, geplante Nutzung dieses Rohstoffes kann einen stabilen Preis, ein langsames und deshalb erträgliches Zurückfahren des Verbrauchs und eine gerechtere Verteilung bewirken. Wenn wir global von einer 2000 Watt Gesellschaft ausgehen, ist sehr einfach zu berechnen, auf wie viel Energie-

Ressourcen jeder Mensch Anrecht hat. Dies müsste die Leitschnur für die Rationierung sein.

Zudem kann mittels Rationierung auch die Nutzung umgepolt werden: es ist eine Schande, dass mehr als 90 % des Rohöls einfach schnöde verbrannt wird. Die Menschheit wird diesen Rohstoff als Ausgangsmaterial für viele Produkte noch bitter vermissen, wenn wir so weiter machen. Eine globale Rationierung des Öls wäre machbar, wenn die Akteure dies nur wollten. Wer macht die ersten Schritte?

In den nächsten beiden Bulletins werden wir uns mit den Themen «Peakoil und die Schweiz» und «Peakoil und Klimawandel» beschäftigen. ■

15

Jenseits des Lärms wartet der Klang

Patrick Cotti, Regierungsrat Alternative Kanton Zug | Bild Adelina Odermatt

16

An dieser Stelle werde ich mich nur einer Auswahl jener Themen widmen, die mich während des vergangenen Jahres beschäftigt haben, die aber auch eine gewisse Halbwertszeit haben und mich im kommenden Jahr weiterhin begleiten. Das sind verschiedene kulturelle und schulische Projekte, die ich in den folgenden Zeilen umreisse. Sehr froh war ich über das kürzliche Ja in der Volksabstimmung zum Lastenausgleich bei Kulturinstitutionen.

Die TMGZ hat sich im November im Rahmen des 200-Jahr-Jubiläums ein spezielles Geschenk gemacht. Anlässlich der Pensionierung von August P. Villiger und der gleich- und doch vorzeitigen Re traite seiner Frau Margrit wurde die anwesende Festgemeinschaft erstmals eingeladen, zum astronomischen Zeitpunkt des Sonnenuntergangs aus dem Casino heraus und hinunter in die Seelikon zu gehen. Dort nahm die Klanginstallation «Tramonto» den Raum ein, nicht flächendeckend, leicht überhörbar, unaufdringlich und doch eindringlich. Die Klanginstallation, die fortan täglich zur Zeit des Sonnenuntergangs erklingt, ist so programmiert, dass die tagsüber im Gebäude anfallenden Klänge, Missklänge und Töne mittels PC verarbeitet während einer Viertelstunde nach draussen portiert werden. Erstaunlich dabei ist, dass die Installation nicht Ärger, nicht Hektik, auch nicht Stress verursacht, sondern dass sachte eine Ruhe einkehrt, die wir im Alltag vermissen. Die Klanginstallation verändert ihre Farben nur langsam und gleisend – ähnlich der Qualität des Sonnenuntergangs. In der Flut der Geschäfte, die uns in der Regierungstätigkeit beständig entgegen kommen, ist es mein schon dauerndes Anliegen, das zu sehen und meine Achtsamkeit darauf zu lenken, was in aller Ruhe noch seine Ausstrahlung hat.

Solidarität tut gut

Wirklich gefreut hat mich das klare Resultat Ende November dieses Jahres in der Zuger Volksabstimmung zur Interkantonalen Vereinbarung

über den Lastenausgleich bei Kulturinstitutionen mit überregionaler Bedeutung. So klar hätte ich das Zeichen nicht erwartet: 58 Prozent stimmten zu. Das Gegenargument, wir würden bereits heute schon genug in die NFA bezahlen, zog nicht, auch nicht, dass wir hiermit nur elitäre Kultur unterstützen: Kulturelles Schaffen hat eine Bedeutung über unseren Kanton hinaus, mit der Kultur in den grossen Häusern mit eigenständigen Ensembles unterstützen wir etwas, was wir selber nicht haben, das aber für unsere Identität eine Wichtigkeit hat, uns auch solidarisch stimmt. Der Kanton wird nun der Vereinbarung beitreten können, sobald das Obwaldner Volk im nächsten Februar auch dem Beitritt zustimmt. Zürich, Luzern und Schwyz warten seit 2005 auf Zug.

Identität

Die Unterstützung des eigenen kulturellen Schaffens im Kanton erfährt dabei keine Einbussen, vielmehr haben wir im vergangenen Jahr mit den Verantwortlichen von Kunsthaus, Museum in der Burg und dem kantonalen Museum für Urgeschichte(n) einen Runden Tisch durchgeführt, welcher diese Museen klar positioniert. Beim Kunsthaus wird ein Neubau geplant (möglicher Ort: Turnhalle bei der Schützenmatte am See), die Burg soll mehr Raum zur Verfügung gestellt erhalten, und das Urgeschichte-Museum wird im Rahmen der Schulraumplanung an der Hofstrasse (Neubau für die Wirtschaftsmittelschule, welche aus der Kanti herauskommt) voraussichtlich erweitert werden. Kurz nachgehakt: Das neue

Kunsthaus an den See, mitten in eine Promenade unter die Leute zu bringen, ist ein grosser und wichtiger Schritt, der auch von der Kulturlandschaftsgemeinde gefordert wird, die unisono eine Gewichtsverlagerung von Steuerparadies zu Kulturkanton deklamiert. Dass die Verantwortlichen des Kunsthauses sich vorstellen können, einen Basketball an die Aussenwand zu hängen, ist ein unglaublich wichtiger Wandel im Selbstverständnis der Institution, die stets und je länger je mehr die Nähe und die Konfrontation mit der Bevölkerung gesucht hat (Container-Projekt). Das Kunsthaus wird - wie die Klanginstallation «Tramonto» bei der Seelikon nahe dem See - ein neues ruhiges Gewicht in die zugerische Landschaft - auch das zugerische Selbstverständnis - setzen. Davon bin ich überzeugt.

Gute Schule

Im Bereich der Schulen ist – neben der erwähnten Schulraumplanung mit der Erweiterung des Kurzzeitgymnasiums kgm in Menzingen und dem Neubau mit Erweiterung an der Hofstrasse bei Athene und Shedhalle für die Wirtschafts- und Fachmittelschule – vor allem im Bereich der gemeindlichen Schulen einiges im Entstehen: Das Rahmenkonzept «Gute Schulen» wurde im Sommer durch den Bildungsrat verabschiedet. Es wird von allen Beteiligten, nämlich den Schulpräsidentinnen und -präsidenten, der Rektorenkonferenz sowie den Schulhausleitenden und auch den Lehrpersonen mitgetragen und bietet den Rahmen, dass Schulentwicklung aufgrund des

revidierten Schulgesetzes so verläuft, dass das Lernen des Kindes, der Kinder, der Klassen, der Lehrpersonen und weiteren Beteiligten im Zentrum stehen kann und in jeder Schuleinheit dennoch weiterhin die Kultur gelebt werden kann, die ihr eigen ist. Dies ist in der Schweiz einzigartig, denn die anderen Kantone haben sich – vorerst – mit der Anpassung der Strukturen, vorab mit der Einführung von geleiteten Schulen, beschäftigt. Der Kanton Zug ist hier weit voran, die Diskussion zwischen Kanton und Schulgemeinden kann auf einer inhaltlichen Ebene geführt werden.

Oberstufe als grosses Projekt

Eine gleich breite Zusammenarbeit wie bei der langjährigen Umsetzung vom Projekt «Gute Schulen» haben wir bei der Konferenz zur Nahtstelle zwischen der obligatorischen Schulzeit und der nachfolgenden Stufe Sek 2 erreicht. Berufsbildnerinnen und -bildner, Verantwortliche der abgebenden Schulen wie auch der aufnehmenden Schulen, Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft und des Gewerbes haben sich unter der Leitung der Berufsberatung und weiteren Ämtern (Berufsbildung, Amt für Mittelschulen und Amt für Ge-

meindliche Schulen) zusammgefunden, um den Übergang besser gestalten zu können. Dabei wird nun das Zeugnis der Volksschule grundlegend überarbeitet, es entstand ein Berufswahlordner, der Einbezug von Referenztests wird vorerst auch von den Schulen als Übergangslösung mitgedacht, die Oberstufe soll grundlegend neu angedacht werden (die kooperative Form kommt organisatorisch, aber auch aus pädagogischen Überlegungen an die Grenzen). Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird die Oberstufe integrativer und dabei noch adäquater in der Differenzierung verschiedener Lernstufen und auch in den Lernformen.

Harmonisierung

Der Kantonsrat wird im kommenden Januar über den Beitritt zu HarmoS – der Harmonisierung der obligatorischen Schulzeit – beraten; der Regierungsrat hat diesem zugestimmt, das Zürcher Ja wird für den Kanton Zug wohl wegweisender sein als das Nein aus Luzern. Der Kanton Zug hat 2006 deutlicher als der Durchschnitt in der Schweiz dem neuen Bildungsartikel in der Verfassung zugestimmt: Dieser will die weitergehende Har-

monisierung, insbesondere auch die Vergleichbarkeit und die gleichen Anforderungen an die Abschlüsse auf Primarstufe und Oberstufe über die Kantone hinweg.

Modellschule

Gleichzeitig hat der Bildungsrat in ersten Lesungen die Bildung einer Modellschule befürwortet: Diese soll (ausgehend von Kindergarten bis hin zum Ende der obligatorischen Schulzeit) in einer Zuger Gemeinde in bestehenden Räumlichkeiten geführt werden und als Schulversuch mehr Möglichkeiten bieten, Schulentwicklung zu forcieren, u.a. beim klassenübergreifenden Lernen oder bei neuen Lernformen. Der Regierungsrat wird nach Vorliegen des Konzeptes über die Zukunft dieser Modellschule beraten: Hier wird sich zeigen, wie innovativ der Kanton sein kann. Die Pädagogische Hochschule Zug wird dabei in der Projektentwicklung und -begleitung, einbezogen sein. ■

17

Achtsam sein für das, was in aller Ruhe noch seine Ausstrahlung hat.



Taten statt Worte

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative, Zug | Bild BULLETIN

18 Die Zuger Bevölkerung, die Zuger Wirtschaft hat ein Anrecht auf gute öffentliche Dienstleistungen. Um diese zu erbringen, braucht es gutes Personal. Und so hat der Kanton bzw. der Kantonsrat die Pflicht ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Der Kantonsrat tut das Gegenteil – meistens.

Die Alternativen setzen sich seit Jahren dafür ein, dass die Angestellten angemessen entlohnt werden und dass genügend Personalstellen geschaffen werden. Wertschätzung gegenüber dem Personal drückt sich eben nicht nur durch Lob aus, der auch von den Fraktionen der CVP, FDP und SVP jeweils mit schönen Worten ausgedrückt wird. Den Worten müssen Taten folgen.

Sparmassnahmen

Doch leider haben Regierung und Kantonsrat in den letzten Jahren eine dezidierte Sparpolitik gegenüber dem Personal betrieben. So wurde während 18 Jahren keine generelle Realloohnerhöhung gewährt, die Renten mittels der Revision des Pensionskassengesetzes stark gekürzt und mit der Änderung des Besoldungsgesetzes für gemeindliche Lehrpersonen die Lohnsumme um eine halbe Million Franken jährlich gekürzt. Der Vaterschaftsurlaub wurde zwar von 2 auf 5 Tage erhöht, doch ein 10-tägiger Urlaub beim zweiten Kind wurde abgelehnt – ganz zu schweigen von fortschrittlicheren Modellen wie in Skandinavien, wo es bezahlte und unbezahlte Elternurlaube bis zu einem Jahr gibt.

Der Kanton wächst, die Verwaltung kaum

Seit Jahren hält sich die Regierung an ebenso ungenügende wie unrealistische strategische Wachstumsvorgaben für die Stellen- und Lohnentwicklung beim Personal. Früher waren es total 2,5% und jetzt sind es 1,5% plus Teuerung. So bleibt für die eigentliche Stellenentwicklung gerade mal ein jährliches Wachstum von 0,6% übrig. Der Anteil des Personalaufwands am Gesamtbudget ist heute so tief wie noch nie und liegt bei rund 21 Prozent.

Das ist mehr als ungenügend. Einerseits nimmt die Anzahl öffentlicher Aufgaben zu. Andererseits – und das ist entscheidend – wächst Zug ... und es wächst rasanter als diese 0,6%. Die Staatswirtschaftskommission hielt in einem Bericht fest, dass Zug jährlich um rund 2000 Personen (das ist ein jährliches Wachstum von 1,5%) und weit über 1000 Firmen (das ist ein jährliches Wachstum von 5 bis 7%) wächst.

Beim Personal sparen

Zug hat am 30. November jährliche Steuergeschenke von 60 Millionen Franken beschlossen. Da sollten auch einige Millionen mehr für das Personal drin liegen – gerade weil die Steuer- und Wachstumspolitik Mehrarbeit bei der Verwaltung erzeugt. Kommt hinzu, dass ein schnell wachsendes Gemeinwesen proportional grössere Investitionen in Personal und Infrastruktur bräuchte. Zudem liegt das Zuger BIP seit 2004 weit über dem Schweizer Schnitt – und zwar bei jeweils 3 bis 4 Prozent. Zudem reiht sich seit 2004 Rekordüberschuss an Rekordüberschuss. Und die Steuereinnahmen wachsen im 10%-Bereich.

Fazit: Zug kann und muss sich genügend und anständig bezahltes Personal leisten. Es geht nicht an, dass wir diesen latenten Personalmangel weiter pflegen. Nebst schlechter Qualität der öffentlichen Dienste droht bei den Angestellten ein Burnout (auch dazu haben die Alternativen einen Vorstoss gemacht).

Mehr Personal ...

In der Septembersitzung beschloss der Rat bis 2011 real 30,45 neue Stellen zu schaffen und somit 1,43 Millionen Franken jährlich in die Personalauf-

stockung zu investieren. Das ist schlicht zu wenig. Gemäss Stawiko-Bericht beantragten die einzelnen Direktionen zusammen rund 100 neue Stellen. Das wäre wohl der reale Bedarf gewesen. Doch dann strich die Gesamtregierung den Antrag auf rund 30 Stellen runter. Pikant: Die Direktionen der bürgerlichen Amtsinhaber erhalten viel mehr Personalstellen als die der linken. Und einzig die Direktion des Innern verzeichnet – freiwillig oder gezwungenermassen – ein negatives Personalwachstum.

... für alle Direktionen?

Wasser predigen Wein trinken tut vor allem der SVP-Baudirektor. Im Budget 2009 übertrifft er sein Budget 2008 um 13,6 Prozent. Die Aufwendungen für Honorare an Dritte beim Hochbauamt verfünffachten sich innert den letzten 2 Jahren – dabei hatte er eben dort drei neue Stellen erhalten. Tatsächlich wird er diese Stellen wohl brauchen, aber es gilt, alle Direktionen mit gleichen Ellen zu messen und auch anderen das nötige Personal zu Verfügung zu stellen. Alle Anträge der Alternativen auf mehr Personal – gerade im Sozialen, bei der Bildung, bei der Polizei oder in der Finanzdirektion – wurden aber im Kantonsrat abgelehnt.

Immerhin 2 Prozent

Die Alternativen forderten in der Vernehmlassung ursprünglich eine Realloohnerhöhung von vier Prozent, in der Kommission dann drei Prozent. Das war nicht übertrieben. Seit rund 18 Jahren hat das heutige Lohnsystem für die Verwaltungsangestellten keine generelle Realloohnerhöhung erfahren. Die Regierung hat klar aufgezeigt, dass es in der Privatwirtschaft in derselben



Einer Rezession vorgreifen, indem man die Kaufkraft der kantonalen Angestellten erhöht.

19

Zeitspanne zu einer Realloohnerhöhung von 6,8 Prozent gekommen ist.

Am 11. Dezember hat der Rat dann nach einer intensiven Debatte immerhin den regierungsrätlichen Vorschlag von 2 Prozent Realloohnerhöhung für alle beschlossen. Damit war das ungerichte Stufenmodell der vorbereiteten Kommission vom Tisch. Denn bei diesem hätten 92 Prozent der Angestellten gerade mal 1 Prozent Realloohnerhöhung bekommen - das Kader bzw. Topkader hingegen 2,5 bzw. 5 Prozent. Denn zentrales Anliegen dieser Realloohnerhöhung musste es sein, die Bedürfnisse der bereits für den Kanton arbeitenden Angestellten gerecht zu werden. Diese sind loyal, machen ihren Job gerne und haben oft ihre Familien und Wurzeln in Zug. Und gerade in Zug werden wenig- und normalverdienende Angestellte übermässig durch die überdurchschnittlich ansteigenden Wohn- und Lebenskosten belastet. So stiegen gemäss Mietpreisindex die Wohnkosten in Zug in den letzten 15 Jahren um 70 Prozent stärker als in der übrigen Schweiz.

Darum sind die auch Lohnvergleiche mit anderen Kantonen mit Vorsicht zu geniessen. Zumal man der jüngsten CS-Studie entnehmen kann, dass den Zugerinnen und Zuger nach Abzug aller Fixkosten immer weniger zum Leben bleibt. Im interkantonalen Vergleich ist Zug sogar für den gut verdienenden Mittelstand auf Rang 18 abgerutscht.

Zwei Prozent sind nicht schlecht – mehr wäre besser gewesen. Denn gerade angesichts der Finanzmarktkrise muss der Kanton einer möglichen Rezession vorgreifen. Eine einfache Massnahme ist, die Kaufkraft der kantonalen Angestellten zu stärken. Gerade wenig- und normalverdienende reinvestieren Lohnerhöhungen in die reale Wirtschaft: sie gehen auswärts essen, kaufen ihr Brot in der Bäckerei, geben Aufträge an Handwerker etc.

Regierung als Vollamt

So knausrig das Parlament beim Personal war, so grosszügig wurde der Lohn der Regierung um 20 Prozent erhöht. Die Alternativen verlangten eine Er-

höhung von 10 Prozent. Immerhin: Neu ist aus dem regierungsrätlichen Hauptamt ein Vollamt geworden und die Regierungsratsmitglieder können künftig keine Nebentätigkeiten mehr ausführen – was de facto schon heute keines getan hatte.

Fazit

Die Alternativen werden sich weiterhin für gute Anstellungsbedingungen des Personals engagieren. Das kommt der gesamten Bevölkerung nicht nur durch einen guten Service public zu gute, sondern hat auch eine positive Signalwirkung auf die Beschäftigungsbedingungen der privaten Arbeitgeber im Kanton Zug. ■

«Trapedalohupobil»

Eric Frischknecht, Kantonsrat Unabhängig-Grünes Forum, Hünenberg | Bild slowup.ch

20

SlowUp-Anlässe sind Volksfeste und politische Symbole für eine andere Form von Mobilität. Ob ein solcher Anlass in den nächsten Jahren im Kanton Zug stattfinden wird, ist ungewiss. Erste Schritte wurden vom Autor in Hünenberg initiiert.

Autostrassen, die für einen ganzen Tag praktisch nur für den Langsamverkehr zugänglich sind, sei es rund um einen See, über einen Pass oder einem See entlang. Autos, die vom Verkehrsdienst zurückgehalten werden bis sich eine Lücke in der Menge von Velofahrenden auftut. Strassen, auf denen der Langsamverkehr so dicht sein kann, dass sich bei einem engeren Stadtdurchgang oder bei einer kleinen Steigung schnell Staus bilden – was der guten Stimmung aber keinen Abbruch tut, ganz im Gegenteil. Ein Langsamverkehr, der so dicht ist, dass ein Gegenverkehr nicht möglich ist, sondern ein Einbahnregime eingeführt wird. So sehen die Strassen bei slowUp-Anlässen aus und deshalb bin ich seit Jahren ein begeisterter Anhänger von slowUps.

Volksfest und Spass ...

Ein slowUp ist für mich ein Volksfest. Auf einer Distanz von 20-30 km sind circa 30'000 Teilnehmende unterwegs und haben Spass am Langsamverkehr. Das Alter reicht vom pensionierten Ehepaar bis zur Familie mit sehr kleinen Kindern: Die Jüngsten machen im sportlichen Kinderwagen mit, der von einem skatenden Elternteil gestossen wird. Der Fantasie sind wenig Grenzen gesetzt und so kommen auch selber gebastelte 2-, 3- oder 4-Rad-Vehikel zum Einsatz. So war beispielsweise am 25. August 2008 die vierköpfige Familie Kiser aus Hitzkirch mit einem «Trapedalohupobil» rund um den Baldeggersee unterwegs - das Fahrgerät entsprach einer Kombination von zwei MTB und einem Go-Kart. Kreativität kommt auch zum Zug, wenn eine Autogarage entlang der Strecke sich erfolgreich in eine Beiz verwandelt! Oder wenn ein Strassenabschnitt von 300 Meter durch eine Gemeindever-

waltung durchgehend mit Stühlen bestückt wird, damit sich die Velofahrenden nach der Steigung bis zum Gemeindehaus direkt am Strassenrand erholen können.

...aber auch politische Dimension

Aber slowUps haben auch eine politische Dimension. Es geht um die Rückeroberung der Autostrassen durch den Langsamverkehr. Einmal im Jahr können die Menschen erleben, wie es aussieht, wenn die Prioritäten auf den Strassen umgekehrt sind. Und man erlebt 1:1 wie ein Dorf oder ein Quartier wieder auflebt. Wie die Stimmung im öffentlichen Raum sich verändert, wenn der Autoverkehr zurückgedämmt wird. Oder wie es die Aktivisten vom Verein Umverkehr formulieren: «Temporäre Strassensperungen haben eine wichtige symbolische Funktion». Die gleiche politische Dimension ist spürbar bei verwandten Aktionen, wie beispielsweise beim «Zürich Multimobil - Aktionstag für umweltfreundliche Mobilität». Über 100'000 Besuchende vergnügten sich dort am 28. September 2008 auf den autofreien Strassen der Innenstadt. Doch es besteht ein wichtiger Unterschied zur Situation in Zug: Der Aktionstag wird offiziell und aktiv von der Stadtregierung gefördert.

Weg vom Zugersee, ab in die Ennetsee-Region

Meine Hoffnung war, gemeinsam mit dem VCS und Pro Velo Zug rund um den Zugersee einen slowUp initiieren zu können. Die Antwort der Regierung vom 3. Juni 2008 auf meine diesbezügliche Interpellation liess meine Hoffnung platzen und zeigte, dass die Regierung einem slowUp auf dieser Rundstrecke ablehnend gegenübersteht. Es waren vor allem Sicherheits-

bedenken betreffend der Strecke Zug-Arth, die den Ausschlag für die negative Haltung gaben. In andere Regionen konnten die politischen Behörden durchaus mit der Tatsache umgehen, dass eine Hauptachse wegen mehreren Tausend Velofahrenden für jeden anderen Verkehr gesperrt bleibt. Positiv ist allerdings, dass sich der Regierungsrat vorstellen kann, einen ähnlichen Anlass im Ennetsee zu unterstützen. Er hat sogar einen entsprechenden, namhaften Betrag aus dem Sport-Toto-Fonds in Aussicht gestellt.

Wie aber einen solchen Anlass auf die Beine stellen? Im Oktober habe ich in Hünenberg eine Motion eingereicht, die dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, die Bereitschaft von Cham, Rotkreuz-Risch und Steinhausen abzuklären. Hünenberg eignet sich gut für eine solche Abklärung, denn die Gemeinde hat in den letzten Jahren diverse Anlässe organisiert, die in eine ähnliche Richtung gehen, wie beispielsweise die «Velotour für die Bevölkerung» (2006), «Bike and skate» (2007), Teilnahme an der Aktion «Schweiz bewegt» (2008). Sehr positiv werte ich auch die Zusage des VCS und der Pro Velo Zug selbst bei der Organisation eines regionalen Anlasses mitzuhelfen. Natürlich sollten zusätzlich die lokalen Veloklubs im Ennetsee um ihre Teilnahme gebeten werden.

Zeitplan und Bedingung im Ennetsee

Die Erheblicherklärung der Motion wird an der Gemeindeversammlung vom Juni 2009 traktandiert. Bis dann können die nötigen Abklärungen bei den Ennetsee-Gemeinden vorgenommen werden. Sollte das Ergebnis positiv lauten, dann müsste eine ad hoc-Arbeitsgruppe unter Leitung der



Kind und Kegel auf dem Rad - Das ist slowUp!

21

Gemeinde mit Volldampf die Planung an die Hand nehmen, damit möglichst im Jahr 2010 erstmals ein solcher Anlass stattfinden könnte.

Der Anlass im Ennetsee wird leider nicht den Namen «slowUp» tragen können. Die gleichnamige nationale Organisation hat das ausschliessliche Benützungsrecht für diese Bezeichnung und dieses vergibt sie nur unter Einhaltung eines Pflichtenheftes. Ein slowUp Zugersee hätte dieses Label wahrscheinlich erhalten können. Aber die Region Schwyz hat die Zuger links überholt: Die zuständige Tourismusorganisation (die Swiss Knife Valley AG!) hat vor einigen Monaten ein spruchreifes Projekt zwischen Arth-Goldau und Brunnen eingereicht und bereits die Zusage erhalten, dass sie ein slowUp durchführen können! Der im Ennetsee mögliche Anlass wird deshalb nur ein «slowUp-ähnlicher Anlass» sein können, für den noch ein geeigneter Name gefunden werden muss.

Blick in die Zukunft

Der mögliche Anlass wird vorerst regional sein, kann aber bei entsprechender Werbung eine kantonale Bedeutung erhalten. Werbung auf nationaler Ebene wird nicht möglich sein und trotzdem rechne ich mit einer Teilnehmendenzahl von einigen Tausend Personen. Eine grosse Rolle wird die Attraktivität der Strecke spielen – vorausgesetzt die Ennetsee-Gemeinden wollen mitmachen. Diese Strecke wird noch zwischen den betroffenen Gemeinden auszuhandeln sein. Bekanntlich ist ein solcher Anlass nur dann attraktiv, wenn er zu einem massgebenden Teil auf Autostrassen durchgeführt wird – die Velowege kann man schliesslich das ganze Jahr benützen. Dabei wird das Engagement der lokalen Veloklubs, des Vereins Pro Velo Zug und des VCS sowie Art und Intensität der Werbung im Kanton und den angrenzenden Gebieten eine wichtige Rolle spielen. Sollten die ersten 2-3 Durchführungen

erfolgreich sein, sehe ich die Möglichkeit, dass die Organisation von den Gemeinden abgelöst und von Velovereinen und engagierten Personen übernommen wird. Und wer weiss, dann wird es mit der Zeit doch noch eine Zusammenarbeit mit der Organisation slowUp oder einen Anlass rund um den Zugersee geben können. Und sollte auch im Ennetsee die Zeit noch nicht reif sein für ein solches Projekt, dann können wir immerhin je einen Sonntag ab Arth, Sempach und Hochdorf ein Volksfest des Langsamverkehrs geniessen. Für weitere Informationen siehe:

www.slowup.ch
www.slowup-sempachersee.ch
www.slowup-seetal.ch. ■

Mit «Frederico» nach rechts?

Redaktion BULLETIN | Illustrationen Faksimile aus Gewerbe aktuell

22 Akzentuiert sich die Tendenz nach rechts in der politischen Berichterstattung des Lokalteils der Neuen Zuger Zeitung mit der Ersetzung des pensionierten Kari Etter durch den ehemaligen Blick-Sportredaktor Freddy Trütsch? Trütsch schreibt unter dem Pseudonym «Frederico» seit Jahren eine Kolumne im bürgerlichen Kampfblatt «Gewerbe aktuell». Wir dokumentieren eine kleine Auswahl aus «Fredericos» Giftküche.

Von Seilschaften, TV-Präsenz und dem gemeinsamen Strick

Also eines muss man Hanspeter «Chnusi» Uster, dem ex-Regierungsrat und gescheiterten Ständeratskandidaten, sowie seinem alten Kumpanen und «Noch»-Nationalrat Josef Lang neidlos attestieren: Sie haben die nationalen Medien, allen voran das Schweizer Staatsfernsehen, fest im Griff. Noch nie erhielt der Kanton Zug und damit seine zwei linken Politiker soviel Aufmerksamkeit geschenkt. Wann immer es galt, zum Beispiel etwas gegen das Militär oder den Wirtschaftsstandort Zug zu sagen: das Duo war präsent. Was Wunder, wenn jeder politische Unkundige oder ausserkantonale Zuseher somit den Eindruck bekam: die ehemaligen revolutionären Marxisten und heutigen Alternativen regieren den Kanton Zug. Sie sind das Sprachrohr.

Im kommenden Herbst geht es darum, die Zuger Nationalräte zu wählen. Interessant wird dabei sein, ob die bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP wie bei den Ständeratswahlen gemeinsame Sache machen und damit alles dafür tun, um auch den dritten Sitz in bürgerliche Hand zu bringen. Und dann wird sich auch weisen, ob die Zugerinnen und Zuger sich erneut den Luxus leisten, einen Politiker nach Bern zu senden, der praktisch auf gleicher Höhe wie der Kommunist Josef Zisyadis politisiert. Im Parlamentarier-Ranking der NZZ vom 1. Dezember ist nämlich nachzulesen, dass sich Lang im letzten Jahr in seinem Abstimmungsverhalten nochmals deutlich nach links verschob: -9,3 (+10 rechts, -10 links). Damit liegt er praktisch gleichauf mit der PdA (Zisyadis -9,5). Da wirken der Gewerkschafter Paul Rechsteiner, der Glarner Jurist Werner Marti (-7,5) oder der Bündner Andrea Hämmerle (-7,3) und selbst die Aargauer Sozialdemokratin Pascale Bruderer (-6,6) ja geradezu als «Rechte»...

Man könnte oder müsste sich sogar fragen, weshalb sieht und hört man dann die bürgerlichen Politiker des Kantons Zug so selten oder gar nie? Haben sie keine pointierte Meinung oder fehlt ihnen schlicht einfach der direkte Draht zu den Machern? Sie können dreimal raten, woran es wohl am ehesten fehlt...

Immerhin: Als erster Zuger linksgrüner erhielt Hanspeter Uster an den Ständeratswahlen die Quittung für seine Politik: Er erhielt von der überwältigenden Mehrheit der Zuger Stimmbürger die rote Karte und schaffte deshalb den Sprung in den Ständerat nicht. Trotz der erneuten tatkräftigen Mithilfe der Zuger Sozialdemokraten.

Daran sollten die bürgerlichen Parteien nicht nur bei der Nominierung der Kandidaten, sondern auch im Wahlkampf denken. Dass die Stimmbürger dann bei der Wahl sehr wohl wissen, worum es geht, haben sie ja bei den Ständeratswahlen eindrücklich bewiesen. Sie entschieden sich für kompetente Politiker, die sich für die Zugerinnen und Zuger und ihr Wohl einsetzen. Denen auch das Wohl des Wirtschaftsstandortes Zug ein Anliegen und kein Ärgernis ist. Ich wünsche schon jetzt einen schönen Wahlherbst.

Gegen die bösen «linken Medien» wettern gehört zu «Fredericos» Hobbies, besonders in einem Wahljahr (Januar 2007) ...

... was dann aber leider nicht geklappt hat. Aus Redaktionskreisen war zu vernehmen, dass Trütsch's Anstellung unter anderem damit gerechtfertigt wurde, dass die junge Redaktion mit einem erfahrenen Journalisten, der «druus chunnt», ergänzt werden müsste. Was die Kenntnis des Zuger Wahlsystems anbetrifft, war das keine gute Idee: Trütsch hat nicht einmal den Unterschied zwischen Majorz, Listenstimmen- und Nationalratsproporz begriffen. Von Wahlarithmetik ganz zu schweigen (November 2007).

Wahlen 07: Desaster für den Bürgerblock – Lang lacht ins Fäustchen

Das Zuger Gewerbe sprach im Vorfeld der Wahlen immer wieder Klartext: für eine starke bürgerliche Vertretung im Nationalrat. Eine bürgerliche Dreiervertretung. Die Motivation war klar: Dem Gewerbe lag und liegt der Standort Zug sehr am Herzen. Und deshalb ist es nicht unerheblich, wer den Kanton in Bern vertritt. Nun haben die Freisinnigen zum zweiten Mal die Wahlschlacht gegen den ehemaligen Marxisten Lang verloren. Trotz ihrem Sechser-Ticket. Ein Desaster! Die Wahlstrategen müssen sich fragen, ob ihr Wahlkampf wirklich so stürmisch war oder halt doch eher ein laues Lüftchen – vielleicht aufgefrischt mit einigen Brisen. Sie werden auch nachdenken müssen, ob man nicht viel mehr auf den linken Mann hätte spielen müssen, um Unterschiede klar machen zu können. Fragen gefallen lassen müssen sich aber auch CVP und SVP. Denn auch die anderen bürgerlichen Parteien be-

Danke auch unserem links-grünen Nationalrat. Spätestens bei den nächsten Nationalratswahlen werden wir daran denken, wie er uns ständig in Bundes-Bern in die Pfanne haut, über uns herzieht. Hoffentlich werden wir es ihm dann auch «danken».

Überhaupt hat es ihm Jo Lang angetan (Januar 2005).

Allerdings sind «Fredericos» Voraussagungen mit Vorsicht zu geniessen – das Chaos auf dem Postplatz ist ausgeblieben (Mai 2007).

... tonen ja immer wieder, dass man für eine bürgerliche Zuger Vertretung in Bern eintrete. Weshalb war dann keine Listenverbindung, wie sie die Linke zelebrierte, möglich? Dass man die Linke mit Listenverbindungen in die Schranken weisen kann, das bewiesen ja die Ständeratswahlen. Aber vielleicht will man ja den Freisinn gar nicht im Boot? Dem Gewerbe kann jedenfalls dieses Wahlergebnis nicht egal sein. Immer wieder hat Lang mit seinen Vorstössen im Nationalrat bewiesen – und er wird es in den kommenden vier Jahren ganz bestimmt wieder tun – dass er den Wirtschaftsstandort Zug mit anderen Augen sieht. Dass er die Prioritäten anders setzt. Jedenfalls anders als das Gewerbe und das ist schlecht. Sehr schlecht! Besonders auch für die Arbeitnehmer. Nur, das müsste man halt einmal öffentlich sagen und auf den Übertäter hinweisen. Klar und deutlich!

Schlusspunkt

Was uns die Geschichte lehrt

Bereits vor 700 Jahren hat es sich gezeigt, wie nötig gewerbliche Organisationen sind. Beispiel gefällig? Bitte, kein Problem.

Anno 1306 wurde die damals bereits grosse und wichtige deutsche Stadt Köln von einigen vornehmen Patriziern (lustig, wie man damals die Rot-Grünen offenbar nannte...) miserabel schlecht regiert. Die Stadt stand beinahe vor dem Bankrott. Handeln tat Not, weshalb die «Gaffeln» die Regierung übernahmen. Diese machten in der Stadt eine freiheitliche und Abgaben. zur mächtigen, selbstbewussten «Gaffeln»? 2 Zünften, also von Gewerbe Zünften sind heute Berufsmit waren die Gaffeln nichts er Spitzenverband.

Was uns doch die Geschichte alles lehrt! In Köln musste vor 700 Jahren ein gewerblicher Spitzenverband die Regierung übernehmen, um vernünftige Zustände herzustellen. Nun, unsere grossen Schweizer Städte werden heute zwar nicht von Patriziern, doch in den meisten Fällen von rot-grünen Je-Ka-Mi-Gruppierungen auch miserabel regiert. Und das nicht nur – wie weiland in Köln – bis vor, sondern längst mitten hinein in den Bankrott. Höchste Zeit also für die städtischen und kantonalen Gewerbeverbände – und letztlich gar für den Schweizerischen Gewerbeverband (SGV = Schweiz. Gaffelverband?) –, das Heft in die Hände zu nehmen und die Politik wieder ins Lot zu bringen. Diese Zeilen und deren Fazit ist beileibe nicht als Eigenlob zu verstehen, sondern lediglich als Hinweis, dass... (siehe Titel).

[Frederico]

Und natürlich geht es gegen alles, was «rot-grün» ist (Dezember 2006) ...

... besonders, wenn darunter die Autofahrer leiden (Mai 2004).

«Ist dies schon Tollheit...»

... hat es doch Methode. An das Zitat aus Goethes «Faust» wird man unwillkürlich erinnert angesichts der Anti-Auto-Eskapade der Regierungen von Kanton und Stadt Bern. Es gibt wirklich keine einzige blöde Verkehrsschikane auf der Welt, die nicht sofort ein paar Schweizer Behörden nachäffen wollen – zwecks Geldbeschaffung natürlich. Vor wenigen Monaten hat man in London (die Stadt ist etwas grösser als Bern) eine Gebühr für das Autofahren im Stadtgebiet während der Stosszeiten eingeführt. Und siehe da, schon kommt der Kanton Bern und will dem Bund vorschlagen, diese Autofahrermelkerei gelegentlich in der Bundesstadt ebenfalls einzuführen.

Frederico

Frederico

Und wenn alles nichts nützt, gibt's ein paar hinter die Ohren (Juni 2007).

Viel wurde in den letzten Wochen auch über Schüler und Schulen geschrieben. Über junge Lümmel, die Lehrer das Leben schwer gemacht haben. «Schrecklich, diese Jugend», hiess es da landauf, landab. Wirklich schrecklich? Seien wir doch ehrlich: Haben wir das vor 30 Jahren nicht auch gemacht oder wenigstens zu machen versucht? Und erinnern Sie sich noch, was da passiert ist? Ich schon. Sehr genau noch. Wir hatten so einen Lehrer. Der hat sich dann so einen Schüler oder so Schüler gepackt, hat ihnen links und rechts ein paar hinter die Ohren gehauen und das Problem war gelöst. Es gab auch bei uns welche, die beklagten sich dann zuhause über den «bösen» Lehrer. Und wissen Sie, was dann passiert ist. Meistens wenigstens: Beim Vater gabs gleich nochmals eine aufs Dach.

[Frederico]

PS: Ich bin natürlich nicht dafür, dass man die Kinder prügelt. Aber andererseits hat eine Ohrfeige zur rechten Zeit noch niemandem geschadet...

Jetzt haben wir den Salat

Es war ja zu befürchten: Der NFA wird am 28. November von der Mehrheit der Schweizer Stimmbürger und Kantone angenommen. Und das Ja wird den meisten leicht fallen – die Zeche bezahlen die Zuger. Also Sie und ich. ... warum riskiert das adrette Zug, seinen Ruf zu schädigen, indem es den Eindruck eigensinnigen Profitdenkens weckt? ... Tja – was soll man da noch sagen?

Entsprechend fallen auch die Vorschauen in den verschiedenen Schweizer Zeitungen aus. In der Berner Zeitung ist unter dem Titel: «Zugs einsamer Kampf gegen den Rest der Schweiz» Erstaunliches zu lesen: ...

... nur der reichste Kanton der Schweiz wehrt sich gegen die Neugestaltung des Finanzausgleichs, von dem die ärmeren Kantone profitieren könnten ... Sicher ist, dass halt – wie hier schon so oft betont – Zugs Informations-Politik total versagt hat. Die Regierung kein Lobbying betrieben hat.

... kaum zu übertreffen ist der Anteil an Firmen ... auf Schildern an manchen Haus-eingängen im Kantonshauptort weisen dutzendweise fremdländisch klingende Namen auf Briefkastenfirmen hin ... Andererseits hat die SVP erst kürzlich erstaunliches Sparpotential im Kanton Zug ausgemacht. Nach geschlagener und verllorener NFA-Schlacht müssten sich die bürgerlich denkenden Zuger halt fragen, ob man anstatt die Steuern erhöhen diese nicht senken müsste? Um dann die Verwaltung mit dem Sparkamm zu frisieren. Ansatzpunkte gibt es offensichtlich genügend.

... moderne Glaspaläste von Banken prägen das Stadtbild beim Bahnhof ...

... im Einkaufszentrum Metalli sucht man vergeblich eine gemütliche Ecke. Läden mit Markenartikeln reihen sich an Discoun-ter. Grosse Durchgänge lassen die Kundenströme ungehindert zirkulieren. Hier versprüht kein Trödlerladen Charme, hier gibts keine Imbissbuden mit günstigen Spezialitäten aus fremden Ländern. Dafür sind Bodenpreise und Mietzinsen zu hoch ... Zum Beispiel auch bei der Polizei. Und wer mir weismachen will, ich müsste dann bei einem Unfall halt lange warten, bis die abgespeckte Polizei erscheine, dem würde ich antworten: Brauche ich nicht. Dieses Personal rekrutiere ich aus der Parkplatzüberwachung. Hier darfs ruhig länger dauern, bis die Polizistin auftaucht und die Busse schreibt ...

Frederico

Wie verkleidete Linke in Zug den Verkehr vermies

Früher kleideten sich Linke mehrheitlich auch so wie sie politisierten: Chupfer, Wulle, Bast. Da wussten sowohl Wähler wie politische Gegner, woran sie waren. Da galt der Spruch noch: einmal Turnschuhe, immer Turnschuhe. Einmal Schlabber-Pulli, immer Schlabber-Pulli. Mittlerweile greifen auch unsere Linken immer öfters in te der Verkleidung. Sie haben von ihren Vorbildern aus Deutschland gelernt, dass r Leute machen. Als nämlich Joschka Fischer en Turnschuhe endgültig in die Ecke stellte Armani-Tuch hüllte, war der Herr Aussen-tzlich auch bei vielen bürgerlich denkenden lonfähig. Viele Deutsche fanden vor den h Wahlen für den Grünen-Joschka: «Aber der och gar nicht mehr so links. Schaut doch, wie nmt.»

Schafpelz eben, wie sie dann später schmerz-n mussten. Mit einfachen Handgriffen – aus Jeans wurde -aus einem Linken in den Köpfen gutgläub-licher plötzlich einen wählbaren Stadt-machen kann, erfuhren die Zuger bei den len. Und nun erhalten sie von ihm im Schlep-p-ünen Stadtrates die Quittung faustdick. it es sich nämlich zu ihrem heiligen Auftrag en Privatverkehr in der Stadt Zug total zu Mit allen möglichen Tricks.

Das jüngste Beispiel: Via Poststrasse und Postplatz soll man in Zukunft nicht mehr gegen Süden fahren dürfen. Das ist Geschichte. Wenn es nach diesen linken Köpfen geht, müssen die Autos von der Poststrasse direkt beim Postplatz rechts abbiegen und via Bahnhofstrasse, Schmiedgasse und Vorstadt Richtung Süden fahren. Was dieses Verwirrspiel soll, das verstehen wohl nur linke Querköpfe. Denn mit Ökologie kann es nichts zu tun haben. Dafür sehr viel mit Vermiesen des Privatverkehrs. Denn zu erwarten ist, dass sich die Autos von der Poststrasse über den Postplatz bis zur Einfahrt in die Bahnhofstrasse stauen. Und dann gibt's ein Chaos auf der Bahnhofstrasse, der Schmiedgasse und in der Vorstadt. Da klopfen sich die linken Stadträte auf die Schenkel und tanzen Polka. Auftrag erfüllt, wird das Stadtrat-Duo mit Freude feststellen.

Und was sagen die bürgerlichen Politiker dazu? Wahrscheinlich nichts, denn die beiden Linken werden doch nichts unversucht lassen, dass dieser Schlag gegen die Autofahrer nicht mehr als 200000 Franken kostet. Und dann blickt der Grosse Gemeinderat in die Luft. Es entscheidet der Stadtrat. Logisch: Das Zuger Gewerbe ist einmal mehr der Depp, denn es wird unter diesem Regime am meisten leiden. Und einmal mehr ist der Beweis erbracht – ein Linker bleibt ein Linker, auch wenn er sich bürgerlich verkleidet...

Die Flops der Privatisierungsturbos

Grünspecht – ein kritischer Vogel

24

Im Herbst fallen die Blätter, die Bäume stehen nackt da, in ein paar Monaten sorgt der Frühling für ein neues Erwachen. Das Bild trifft genau auf das Ende des derzeitigen Finanzwahns zu. Die Pseudo-Finanzprodukte fallen einfach runter und sind wertlos, die neoliberale Ideologie steht entblösst da, der Staat sorgt für die Rettung aus der Krise und übernimmt die Verantwortung für eine bessere Zukunft. Nicht nur die Finanzkrise hat dies vor Augen geführt, auch ganz in der Nähe erleben wir derzeit Beispiele.

Nehmen wir die ganz aktuelle Auseinandersetzung ums Kantonsspital. Die fristlose Freistellung von Spitaldirektor Robert Bisig durch einen überforderten Verwaltungsrat lässt in den Parteigremien von CVP, FDP und SVP eine gewaltige Hektik aufkommen. So fordert der FDP-Präsident mehr politischen Einfluss und eine bessere Vertretung des Kantons im Verwaltungsrat. Die Erkenntnis kommt, aber sie kommt wie immer bei Ideologen (auch die Vergötterung des freien Marktes ist eine Ideologie) nur tröpfchenweise und langsam.

Darum hilft der Grünspecht gerne nach, mit einem Frage- und Antwortspiel:

- Wer hat denn die Privatisierung des Kantonsspitals vorangetrieben und als Super-Heilmittel ohne Nebenwirkungen propagiert? Natürlich die drei bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP.
 - Wer trägt denn die Verantwortung für die Auswahl des Kantonsspital-Verwaltungsrates, mit einem gescheiterten SVP-Regierungsratskandidaten als Direktor ad-interim? Natürlich der Gesundheitsdirektor aus den Reihen der FDP.
 - Wer hätte schon längst echte Kantonsvertreter in den Verwaltungsrat des Kantonsspitals entsenden können? Natürlich der Gesundheitsdirektor aus den Reihen der FDP.
- Statt wortreiche Communiqués und Vorstösse zu verfassen, würden bürgerlichen Parteien des Kantons Zug gescheiter über die Bücher gehen. In einer Zeit, in der selbst Banken vom Staat übernommen werden, weil die hoch bezahlten Top-Manager und Bo-

ni-Abzocker ihre Firmen reihenweise gegen die Wand führen, ist ein privatrechtlich organisiertes öffentliches Spital eigentlich ein Anachronismus aus der neoliberalen Hochblüte der 90er Jahre.

Erstaunliche Arroganz

Die Apostel des Neoliberalismus sind zudem von ihrer Haltung «Privat gleich gut – Staat gleich schlecht» total überzeugt. So schrieb etwa Kantonsrat Pirmin Hotz in seiner Mitteilung zu seinem Rücktritt aus dem Verwaltungsrat folgenden Satz: «In Zukunft werden wieder Beamte das Sagen haben, die sich dem Wettbewerb des Marktes nicht stellen wollen oder müssen.» Zuerst ein Desaster veranstalten und dann noch behaupten, die Aufräumequipe sei unfähig – ob solch einer Arroganz kann der Grünspecht nur sein gefiedertes Haupt schütteln. Aber diese Arroganz ist typisch für die Vertreter des Neoliberalismus. So beurteilt etwa Novartis-Chef Daniel Vasella die Diskussion um die hohen Boni-Zahlungen als populistisch. Wie weit weg vom Volk haben sich diese Leute eigentlich entfernt?

Tanz ums Goldene Kalb

Ebenfalls aus der Hochblüte des Neoliberalismus stammte die Initiative zur faktischen Abschaffung des Verbandsbeschwerderechtes, die Ende November vom Schweizer Volk wuchtig verworfen wurde. In einer breiten Allianz hatten sich Grüne, Linke, Umweltverbände, die CVP Schweiz und vernünftige Freisinnige für ein Nein eingesetzt. Der Urner CVP-Ständerat Hansruedi Stadler – man erinnert sich



an den tanzenden Landammann nach der gewonnenen Schlacht um die Alpeninitiative – hatte sich dabei besonders engagiert.

Anders das Bild im Kanton Zug – da zogen die drei bürgerlichen Parteien vereint für die Initiative ins Feld. Mit dabei im Kampf gegen den wirksamen Umweltschutz war auch die Zuger «Christenpartei». Die Mehrheit ihrer Delegierten hatte sich im Verbund mit der SVP und der FDP für den Kahlschlag an der Natur ausgesprochen. Und damit für den Tanz ums Goldene Kalb. Das ist auch viel profitabler als der Einsatz für die Bewahrung der Schöpfung. Auch hier ein kleines Frage- und Antwortspiel: Wen hat denn Jesus damals aus dem Tempel geworfen? Natürlich die Händler, die Käufer und die Geldwechsler.

Es ist Zeit, die Geldwechsler und ihre politischen Helfer von den Schalthebeln der Macht fernzuhalten. Damit im 21. Jahrhundert Solidarität, Rücksicht und der Schutz der Lebensgrundlagen Vorrang haben. ■



Büchermail

Endlich Zeit, die Füsse hoch zu legen und zu lesen: Folgende Bücher habe ich mir selber geschenkt!

Iwan Bunin, Der Sonnentempel, Verlag Dörlemann Fr. 44.00

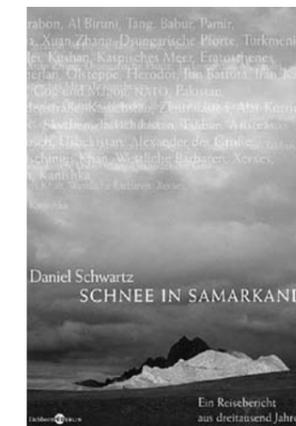


In farbenprächtigen, poetischen Reisebildern beschwört Iwan Bunin die Magie der Orte und die Faszination des Unterwegs im Orient zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Folgende Stelle gefällt mir als sesshafte Buchhändlerin besonders gut:

«Lange ging ich ungewohnt beschwingt an Deck umher und genoss den Wind, der mir ins Gesicht wehte. Dann ging ich kurz entschlossen in die Kajüte, öffnete den mit Büchern vollgestopften Koffer, den wir widerwillig den ganzen Winter durch die ägyptischen Hotels geschleppt hatten, und zog hastig die

gelesenen Bücher und solche, die die Lektüre nicht wert waren, heraus. Danach begann ich sie über Bord zu werfen, und beobachtete mit grosser Erleichterung, wie ein im Flug aufgeklapptes Buch flach auf eine Welle fiel, schaukelte, aufweichte und in den Ozean davongetragen wurde – für immer.»

Daniel Schwartz, Schnee in Samarkand. Reisebericht aus dreitausend Jahren, Eichborn-Verlag Fr. 67.90



Als erster Ausländer folgte der Schweizer Künstler Daniel Schwartz 1987/88 der Grossen Mauer Chinas in ihrer ganzen Länge. Später bereiste er das ganze eurasische Herzland. Im Gepäck die unterschiedlichsten Autoren verschiedener Epochen als ständige Begleiter. Das entstandene Buch ist ein so noch nie dagewesenes Unterfangen räumlich und zeitlich zugleich zu reisen.

Natalie Zemon Davis, Leo Africanus. Ein Reisender zwischen Orient und Okzident, Wagenbach-Verlag Fr. 65.30

Mitte der 80er Jahre habe ich mit grosser Begeisterung die fiktive Romanbiografie über Leo Africanus von Amin Maalouf gelesen. Das Buch ist immer noch lieferbar und in der Buchhandlung Schmidgasse auch immer vorrätig. Nun liegt endlich der historische Leo Africanus von Natalie Zemon Davis vor. Sie zeigt, dass der Versuch Islam und Christentum miteinander zu vereinen und gleichzeitig zu leben, weiter zurückreicht, als man denkt: Leo Africanus ist eine schillernde Figur der Renaissance, ein Vermittler zwischen den Kulturen, zwischen Afrika und Europa.

Das Grosse Spiel. Archäologie und Politik zur Zeit des Kolonialismus (1860-1940), Dumont-Verlag Fr. 89.90

Archäologin war lange mein Traumberuf. Dazu ist es nicht gekommen, da ich den zweitbesten Beruf gewählt habe. Wer die Geschichte von Lawrence von Arabien kennt, wird schon wissen um was es in diesem Buch geht. Um die Zusammenhänge von Archäologie und Politik. Um die Ursprünge der Archäologie als Wissenschaft. Aber immer auch mit einem Hauch Karl May und Indiana Jones.

Was ich mir auch noch geschenkt habe ist der Gedichtband von **Friedrich Glauser: Pfützen schreien so laut ihr Licht. Gesammelte Gedichte**, Nimbus Verlag Fr. 34.80 Hier eine Kostprobe:

Paradies

Das Paradies ist seiden-schwarze Nacht und stumme Stille ohne Stern. Das Uhrensummen rastet fern, ein gelber Ball die Leere. Sehr einfach spielt der Fluss auf sanfter Flöte, Dunstschleier fallen auf den lauen Sumpf. Orangensaft kühlt deine Lippen. Flackernde Kerzen stören selbst den Hund, der grau und zottig auf lautloses Fell weint. Und durch die grosse Stummheit raunen die Katzen, schwarz, die schweigend weiche Schwänze schwingen.

Und zu guter letzt:

Der perfekte Politiker. Ein Survival Buch, von David Borgenicht + Turk Regan, Berlin Press Fr. 27.50

Da sich das Buch offensichtlich nicht an PolitikerInnen (haben wir gar nicht nötig) richtet, werde ich es so schnell als möglich an Kollege Essig weiter reichen.

Alles Gute zum Jahresanfang wünscht Euch
Susanne Giger ■

25



Marcel Scherer «täubelet» in der Neuen ZZ-Kolumne «Berner Woche» wie ein Kind, weil der offizielle SVP-Kandidat fast die Wahl verpasst hätte. Die gleichen SVPLer, die jahrelang unter dem Präsidium von Ueli Maurer mit dem politischen Vorschlaghammer ausgeteilt haben, verhalten sich plötzlich wie **Mimösli**.

Vielleicht ist **Scherer** deswegen so beleidigt, weil er am Tag der Bundesratswahl in der Neuen Zuger Zeitung so völlig daneben gegriffen hat: «Die SVP und die FDP werden wohl geschlossen für Ueli Maurer votieren», so Scherer. Da hatte Jo Lang den besseren Riecher: «Unter den Freisinnigen gibt es viele Dissidenten. Maurer ist zwar leicht favorisiert, aber überhaupt noch nicht gewählt.» Offensichtlich ist Lang über den engsten Bündnispartner der SVP, die FDP, besser informiert als Scherer.

Mindestens ein Dutzend Freisinnige haben mit den Linken und dem SVP-kritischen CVP-Drittlet den anständigen Hansjörg Walter gewählt. Dass es Maurer hauchdünn doch noch schaffte, verdankt er dem Parteipräsidenten der so genannten **Grünliberalen**. Martin Bäumle entschied sich gegen den grüneren und liberaleren Bauernpräsidenten und für den antigrünen und antiliberalen ehemaligen SVP-Präsidenten. Das

erinnert uns doch irgendwie an die ursprüngliche Ja-Parole der Zuger «Grünliberalen» für die menschenrechtswidrige Einbürgerungsinitiative der SVP.

Die ursprünglichen «Liberalen» beschämten im Kantonsrat beim neuen Bürgerrechtsgesetz wieder einmal ihre eigene Geschichte. Angeführt von Rudolf Balsiger lehnten «**Wir Liberalen**» die Gesetzesanpassung an das Bundesrecht ab und folgte damit in der Einbürgerungsfrage der SVP.

Das **Rechtsüberholmanöver scheiterte** nur, weil die CVP mehrheitlich dafür stimmte und schliesslich eine FDP-Fraktionsminderheit Balsiger die Gefolgschaft verweigerte, nachdem Regierungsrätin Weichelt sie daran erinnerte, dass es gerade die FDP war, welche diese Gesetzesrevision dringend gefordert hatte! Besonders reaktionär war die Stadtzuger FDP-Abordnung: von den sechs Freisinnigen stimmte nur gerade Regula Töndury für Eintreten.

Verkehrte Welt auch bei der SP: deren Kantonsrat Martin B. Lehmann kritisierte in einer Interpellation die Abschaffung der **Staatsgarantie** für die Zuger Kantonalbank. Und musste sich von FDP-Kollega Christen diverse SP-Zitate aus dem Zürcher Kantonsrat um die Ohren schlagen lassen. Es blieb einem Alternativen

vorbehalten, die FDP daran zu erinnern, dass noch im Sommer GGR-FDP-Fraktionschefin Hotz-Loos lauthals die ZKB-Privatisierung forderte. Lehmanns SP-Gschpänli schwiegen betreten zum skurrilen Event.

Genützt hat der Vorstoss Lehmann nichts bei den Bürgerlichen – die haben am 12.12. trotzdem Vreni Wicky zur Vizepräsidentin des Kantonsrates gewählt. Alternative und SP hatten im Vorfeld **nicht gescheggt**, dass es der SVP mit der Portierung der CVP-Kantonsrätin letztlich nur um eines ging: einen zusätzlichen Sitz im Ratsbüro zu ergattern. Das Manöver ist mithilfe der FDP und der halben CVP-Fraktion souverän gelungen – SVP Kantonsrat Villiger übernimmt den Posten als Stimmzähler, welchen die CVP aus Proporzgründen nach der Wahl Wickys abgeben musste.

Dass sich die CVP-Fraktion dank eines Intelligenzschubes ihres Gewerblersflügels selber vorführte, ihren Fraktionschef aufs Peinlichste desavouierte und sich von der SVP auch noch die Auswahl des Vize diktieren liess, war da für Linksgrün nur noch ein **schwacher Trost**. ■



Fliz-Programm im Kino Gotthard

Montag, 12. Januar 2009, 20:00 Uhr
LÜBER IN DER LUFT
Dokumentarfilm von Anna-Lydia Florin, CH 2007
Heinrich Lüber ist der bekannte Performancekünstler der Schweizer Szene, die sich in den 90er Jahre etabliert hat. Das, was er macht, ist spektakulär - denn er geht «scheinbar» senkrecht die Wände hoch oder droht vom obersten Stockwerk einer Baustelle in die Tiefe zu stürzen. Seine Aktionen dauern mindestens 1 Stunde, schauen einfach aus, sind klar und in ihrer Vielschichtigkeit ebenso humorvoll, grotesk, poetisch wie tiefgründig.



Anna-Lydia Florin hält in ihrem ersten abendfüllenden Kinofilm aber auch die Experimente und beachtlichen Vorarbeiten fest, die es braucht, bis er sich z.B. da scheinbar erstarrt vom Dach zu stürzen scheint; was manchmal die Passanten gar nicht bemerken, weil

sie nicht in den Himmel gucken oder die Vorbereitungen am Boden nicht gesehen haben. Anna-Lydia Florin und Heinrich Lüber sind anwesend!

Montag, 9. Februar 2009, 20:00 Uhr, **DER PFAD DES KRIEGERERS**
von Andreas Pichler, D/CH 2008

Der Grimmepreisträger und Gewinner vom Ophülspreis 08 Andreas Pichler verfolgt in seiner Spurensuche den Weg seines Jugendfreundes Michael, der als Theologe und angehender Jesuit nach Lateinamerika ausgezogen ist (1982), um friedlich gegen Armut und soziale Ungerechtigkeit zu kämpfen. Er stammt aus einem tief religiösen Haus in Bozen und verliert allmählich bei so viel Not und seinem Idealismus den Boden unter den Füssen. Er radikalisiert sich, geht als Comandante Miguel in den Untergrund, entführt einen Industriellen und wird bei der Befreiungsaktion erschossen. Nur eine Niederlage der Vernunft? Eine falsche Richtung der Befreiungstheologie? Andreas Pichler ist anwesend, in Zusammenarbeit mit dem Lassallehaus!

Montag, 9. März 2009, 20:00 Uhr, Filme in Vorbereitung: entweder «**Theben / im Schatten der Gräber**», oder «**La Consultation**» oder «**Let's make money**».



MI, 7. Januar: Alternative Monatsbar
18:30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Köchinnen und Köche: Krifo Cham

MO, 12. Januar: Komitee Grüne Lunge Zug-Baar, Aktivenversammlung 20 Uhr, Aula Schulhaus Marktgasse, Baar

MI, 4. Februar: Alternative Monatsbar
18:30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Köchinnen und Köche: Gleis3 Risch/Rotkreuz

SO, 1. März: Stamm KriFo Alternative Cham Restaurant Milchsüdi, Cham

MI, 4. März: Alternative Monatsbar
18:30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Köchinnen und Köche: Freie Wähler Menzingen

MI, 1. April: Alternative Monatsbar
18:30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Köchinnen und Köche: Alternative Stadt Zug

SO, 5. April: Stamm KriFo Alternative Cham
Restaurant Milchsüdi, Cham

Siehe unter www.fliz.ch, www.kinoszug.ch, sowie www.trigon-film.org ■



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative Kanton Zug
Postfach 4806, 6304 Zug
041 711 99 09

www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro Alternative Kanton Zug:
MO, 14:00 - 18:00 Uhr DO, 10:00 - 14:00 Uhr

Forum Oberägeri
Andreas Kuhn, Lutisbachweg 9
6315 Oberägeri
www.forum-oberaegeri.ch
forum-oberaegeri@mymail.ch

Freie Wähler Menzingen
Pia Rhyner, Präsidentin, Eustr. 16, 6313 Menzingen, Postfach 112, 6313 Menzingen
www.fw-menzingen.ch
pia@fw-menzingen.ch

Frische Brise Alternative Steinhausen
Postfach 123
6312 Steinhausen
www.frischebrise.ch
ursfalk@bluewin.ch

Gleis 3 Risch-Rotkreuz
Hanni Schriber, Unterer Haldenweg 5
6343 Rotkreuz
www.gleis3.ch
hannischriber@gmx.ch

KriFo Alternative Cham
Esther Haas, Sonneggstrasse 11, 6330 Cham
haas-pousaz@gmx.ch

Alternative Stadt Zug
Postfach 4805, 6304 Zug
www.alternative-stadt.ch
info@alternative-stadt.ch

Alternative Baar
Postfach, 6340 Baar
www.alternative-baar.ch
info@alternative-baar.ch

Alternative Fraktion im Kantonsrat
www.alternativefraktion.ch



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

Bulletin Nr. 4, Dezember 2008, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN Alternative Kanton Zug, Postfach 4806, 6304 Zug, E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Redaktion:
Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Hansjörg Glauser, Philippe Koch, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber

Produktion:
Manuela Burkart,
www.alphabeet.ch

Gestaltungskonzept:
alphabeet gmbh, S.H.E.D.

Belichtung & Druck: DMG Zug

Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)

Nutzaufgabe: 1150 Exemplare

WEMF-bestätigte Auflage: 1009 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 1/2009: Freitag,
6. März 2009
Erscheinungsdatum:
Donnerstag, 25. März 2009

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter

www.bulletin-zug.ch